

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Nr. 164 SONNTAG, 2. August 1936

Aus dem Inhalt:

Hitlers Neomilitarismus
Die Situation im katholischen Lager
Brandherd Mitteleuropa
Ein neuer „Panthersprung“

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

Hitlers Drang nach dem Balkan

Die Logik der braunen Gewaltpolitik

»Das österr.-deutsche Abkommen ist eine intermilitarische Lösung vor dem Anschluß. Vom militärischen Standpunkt bedeutet es die Sicherung der deutschen Verteidigung in den Alpen, vom wirtschaftlichen Standpunkt bildet es den ersten Schritt zur Gründung eines Mittel- und Südosteuropas umfassenden Wirtschaftsreiches.« »Die deutsche Wirtschaft. (Offizielles Wirtschaftsorgan der Nationalsozialistischen Partei Deutschlands.)

In die zunächst chaotische deutsche Außenpolitik kommt fortschreitend immer mehr Ordnung und Zielklarheit. Das ist kein Kunststück und keine Leistung besonderer staatsmännischer Einsicht. Es ist Logik der deutschen Gewaltpolitik, die sich durchsetzt und durchsetzen kann, infolge des geringen Widerstandes, die sie bei den Bedrohten gefunden hat und selbst heute noch findet. Das Abkommen über Oesterreich ist heute wenigstens noch nicht Oesterreichs wegen so wichtig, Oesterreich ist nur ein Stein in dem Schachspiel, das Hitler und Mussolini gegen die anderen Mächte durchführen. Was aus Oesterreich schließlich werden mag, wird sich später entscheiden. Jetzt ist nur wichtig, daß es aufgehört hat, ein Zankapfel zwischen den beiden Diktatoren zu sein. Oesterreich, bisher der italienischen Politik allein unterworfen, wird jetzt dem italienisch-deutschen Condominium unterstellt. Die deutsch-italienische Zusammenarbeit, die bereits auf wirtschaftlichem und auf militärischem Gebiet, namentlich im Bereich des Flugwesens, zu weitgehender Verständigung geführt hat, erhält jetzt eine sehr bedeutsame Festigung. Denn Oesterreich ist sowohl für Italien als für Deutschland die unentbehrliche Brücke für das Uebergreifen auf den Balkan. Wie einst das Bündnis mit der österreichisch-ungarischen Monarchie für den deutschen Vorkriegs-Imperialismus den Sinn hatte, seine Wirtschafts- und Machtsphäre über Oesterreich, und mit Benutzung der österreichischen Balkanverbindungen, hinaus auf den vorderen Orient auszudehnen, so nimmt jetzt der deutsche Imperialismus nach Verständigung mit Italien über Oesterreich wieder dieselbe Richtung.

Wir haben schon angesichts der Balkanreise Schachts Deutschlands Bemühungen um die Ausdehnung seines wirtschaftlichen Einflusses geschildert. Das Schachtische Handelsmonopol ist dafür wirksame Waffe. Durch Handelsverträge und wirtschaftliche Abmachungen sollen die Kleinstaaten Zentral- und Südosteuropas dazu gezwungen werden, ihre Produktion immer ausschließlicher auf den deutschen Bedarf umzustellen. Sie sollen so aus der Weltwirtschaft losgelöst und in das agrarische und Rohstoff-Hinterland Deutschlands verwandelt werden, in dessen Abhängigkeit sie dadurch immer mehr geraten müssen. Gelänge der Plan, so würde die deutsche Kriegswirtschaft in der Verbindung mit diesen Ländern das Ziel einer ziemlich weitgehenden Autarkie viel eher erreichen können. Man sieht, der scheinbare und temporäre Verzicht auf den Anschluß ist schon eine Messe wert.

Die wirtschaftliche Durchdringung dieser Länder war zunächst für das agrarische Gebiet gedacht. Ungarn sollte z. B. einen Teil seiner Weizenproduktion umstellen auf den Anbau von Ölfrüchten, von Hanf, Flachs, kurz von Pflanzen, für die Deutschland dringenden

Bedarf und zu geringe Eigenproduktion hat. Ähnliche Vorschläge sind auch Bulgarien und Jugoslawien unterbreitet worden. Aber damit nicht genug. Deutschland will auch die Erze und Metalle dieser Länder seinem Wirtschaftsreich einverleiben. In einer Erläuterung, die der Reisebegleiter und Mitarbeiter Schachts, der Oberregierungsrat Reinhard, über dessen Südosteuropareise im »Deutschen Volkswirt« veröffentlicht hat, wird das klar und unumwunden ausgesprochen. Reinhard meint:

»Es liegt im Interesse der Südoststaaten, sich mehr als bisher der Erschließung ihrer Bodenschätze zuzuwenden. Die gewonnenen Rohstoffe könnten teilweise als Handelsobjekt, teilweise zur Schaffung einer bodenständigen Industrie, die sich vor allem nach wehrpolitischen Grundsätzen zu richten hätte, verwendet werden. Deutschland ist bereit, hier mitzuhelfen, die erforderlichen Anlagen auf Kredit zu liefern und als Bezahlung das gewonnene Erz bzw. Metall entgegenzunehmen.«

Deutschland bietet also den Balkanstaaten an, ihnen auf Kredit die Ausrüstung und notwendige Maschinerie zur Erschließung ihrer Bodenschätze zu liefern, wenn diese ihm dafür das Monopolrecht an den gefördert Metallen einräumen. Man sieht, die Balkanstaaten sollen in eine Art deutscher Kolonien umgewandelt werden und es ist bezeichnend für das geschwollene Machtbewußtsein der deutschen Diktatur, die sich auf die Anziehungskraft ihrer militärischen Stärke verläßt, daß solche Zumutungen mit so brutaler Deutlichkeit ausgesprochen werden.

Um welche Metalle handelt es sich? In geringerem Maße finden sich neben dem österreichischen Eisenerz — die Alpine Montangesellschaft in Steiermark

ist bereits im Besitz des Deutschen Stahlvereins — in diesen Gebieten außer Magnetit, Antimon, Wismut und Pechblende, in der Hauptsache Kupfer und Bauxit, der Rohstoff für Aluminium. Bedeutende Kupfervorkommen sind namentlich in Bulgarien und Jugoslawien vorhanden. Die Kupferlagerungen, die im Drau- und Save-Banat Jugoslawiens vorkommen, werden vor allem von der Société des Mines ausgebeutet. Die französischen Interessenten haben aber bisher nicht sehr intensiv gearbeitet, da Frankreich bedeutende Kupferbergwerke im französischen Kongo besitzt und deshalb kein besonderes Interesse an der Förderung in Jugoslawien hat. Ebenso hat das bisher in Bulgarien tätige, hauptsächlich französische, Kapital die dortigen Kupfervorkommen nicht genügend erforscht. Ihre Ergiebigkeit steht deshalb noch nicht fest; immerhin ergaben die letzten Bohrungen Vorkommen mit einem Kupfergrad bis zu 23 Prozent mit Gold- und Silberbeimischung. Fachkreise vermuten, daß das bulgarische Kupferlager in der Sredna-Gora quantitativ und qualitativ das ergiebigste europäische Lager sei. Die französischen Gesellschaften haben aber bisher größere und kostspieligere Aufschließungsarbeiten unterlassen. Hier will Deutschland eingreifen. Es erklärt sich bereit, die notwendigen Maschinen zu liefern und eine systematische Erschließung des Gebietes vorzunehmen. Das ist namentlich für Jugoslawien ein verlockendes Angebot, das weder über die erforderlichen Maschinen und technischen Einrichtungen noch über zureichende Verkehrswege zu den kupferhaltigen Gebieten verfügt.

Ähnlich steht es mit Bauxit. Jugoslawien und Ungarn sind die wichtigsten Produzenten, und die Beschaffung des notwendigen Bauxits ist, angesichts des

riesigen Bedarfs an Aluminium für die deutsche Luftflotte, eine der dringendsten Rohstoff Sorgen. »Die deutsche Verbrauchsziffer von 93.000 Tonnen Aluminium im Jahre 1935 ist überhaupt der größte jährliche Aluminiumverbrauch, der jemals in einem Lande stattgefunden hat«, trumpfte kürzlich der »Deutsche Volkswirt« auf. In der Tat entfielen 1935 auf Deutschland allein 35 Prozent des Weltverbrauchs, und die Einfuhr von Bauxit stieg von 3,26 Millionen Doppelzentner im Jahre 1934 auf 5,5 Mill. im Jahre 1935. Seit 1934 ist Deutschland der größte Aluminiumerzeuger der Welt. 1934 wurden in Deutschland 37.200 Tonnen erzeugt gegenüber 33.600 in den Vereinigten Staaten, und 1935 erreichte die deutsche Erzeugung 70.700 Tonnen. Die Vorräte wurden erschöpft und 18.000 Tonnen Rohaluminium mußten eingeführt werden. Deutschland kauft den größten Teil des in Ungarn gewonnenen Bauxits. Jetzt will es das jugoslawische Bauxitvorkommen erschließen. Ein großes Bergbauunternehmen »Dinara A. G.« ist vor kurzem zur Ausbeutung der Bauxitgruben bei Utopa in Dalmatien gegründet worden, das im wesentlichen von deutscher Seite finanziert wird. Zur Erschließung der Bodenschätze, zur Förderung des Handels, und zur Finanzierung der erwarteten südslawischen und bulgarischen Staatsaufträge, sollen in Belgrad und Sofia deutsche Banken gegründet werden. Nach dem Abschluß der deutsch-österreichischen Verständigung ist auch die Frage der ungehinderten Zufuhr der balkanischen Erze über Oesterreich nach Deutschland gelöst.

Früher sagte man, der Krieg muß den Krieg ernähren. Die deutsche Diktatur will der Welt beweisen, daß eine große Kriegsmacht sehr wohl imstande ist, die Kriegsrüstung zu ernähren.

Dr. Richard Kern.

Ein neuer »Panthersprung«

Die braune Hand in Spanien

Es ist die geschichtliche Mission des Hitlerreiches, alle Tollheiten der Ära Wilhelms II. zu wiederholen und zu übersteigern. Einst leitete der berühmte Panthersprung von Agadir die Marokkokrise ein, die nicht nur für das Kaiserreich unrühmlich endete, sondern auch zu seiner wachsenden Isolierung beitrug und damit seine Niederlage im Weltkrieg vorbereitete. Jetzt läßt Hitler ein ganzes Flottengeschwader an der spanischen Küste auffahren, und die Göbbelspresse verkündet das Recht der faschistischen Mächte auf bewaffnete Intervention im spanischen Bürgerkrieg. Für den Fall des Ausbruchs eines neuen Weltkrieges hält sie schon vorsorglich ihre Kriegsschuldfrage bereit: Frankreich ist es, das angefangen hat, denn es hat angeblich — die französische Regierung bestreitet es — der legitimen Regierung in Madrid gegen Barzahlung Waffen geliefert. Angenommen selbst, dies wäre der Fall, wie will man daraus das »Recht« ableiten, die spanische Militärrevolte mit bewaffneter Hand zu unterstützen? Das geht offenbar nur nach dem berühmten Grundsatz »Recht ist, was dem deutschen Volke nützt«, wobei freilich fraglich bleibt, ob es dem deutschen Volke nützlicher ist, wenn alle

Abenteuer des Wilhelmismus hitleristisch travestiert werden oder wenn die Wahnwitzigen, die Deutschland in eine neue Katastrophe hetzen, eines Tages doch von ihrem verdienten Schicksal erreicht werden.

Von welchen Absichten sich die neue deutsche Aktivität in Spanien leiten läßt, zeigt ein Bericht, den der »Manchester Guardian« aus Spanien erhält:

»In den letzten Wochen sind viele italienische und deutsche Agenten in Marokko und auf den Balearen angekommen. Diese Agenten nehmen teil an den militärischen Aktionen und üben auch einen bestimmten politischen Einfluß aus. Für die Rebellen bedeutet der Glaube, die Unterstützung der beiden »faschistischen Großmächte« zu haben, eine ungeheure Ermunterung...

Der deutsche Einfluß ist auf den Balearen am stärksten. Deutschland hat an dem Sieg der Rebellen ein starkes Interesse. Offenbar hofft es, sich von ihnen, wenn sie zur Macht kommen, Konzessionen auf den Balearen sichern zu können. Diese Inseln spielen in den Plänen Deutschlands für die Entwicklung seiner künftigen Seemacht im Mittelmeer eine große Rolle...

Auf dem spanischen Festland verfügt Deutschland über eine starke und straff organisierte Abteilung der NSDAP. Sie ist

durch Zuzügler in neuester Zeit noch verstärkt worden. Sie verfügt über eine leistungsfähige Organisation der politischen und militärischen Spionage, die hinter einer diplomatischen und kulturpolitischen Fassade ihre Arbeit verrichtet. Besonders Barcelona hat eine stark deutsche Bevölkerung, die zum größten Teil dem Nazis zur Verfügung steht.

Das Schicksal Marokkos ist natürlich für Deutschland von allergrößten Interesse, denn wenn die Rebellen siegen, darf es hoffen, dort territoriale Konzessionen erlangen und damit in Nordafrika festen Fuß zu fassen.«

Ob die rebellierenden Generale im Falle ihres Sieges wirklich das Spiel Hitlerdeutschlands spielen würden, bleibt im höchsten Grade zweifelhaft. Desto sicherer ist, daß die deutschen Pläne im Mittelmeer nicht nur für eine siegreiche spanische Republik, sondern auch für Frankreich und England unerträglich sein müssen. Sie können also zu nichts anderem führen als zu einem stärkeren Zusammenschluß der Westmächte gegen das Dritte Reich. Wenn dann eines Tages der Punkt erreicht ist, an dem die Friedensliebe der nichtfaschistischen Welt keinen Ausweg mehr weiß, wird das Satspiel zu Ende sein, und die neue Tragödie wird beginnen.

Zwei Monate Blum

Sturmerfolge der Volksfront

Die französische Republik hat viele Regierungen gesehen: langlebige und kurzlebige. Niemand weiß heute noch, ob die Regierung Blum zu der seltenen ersten oder zu der häufigen zweiten Sorte gehören wird.

Die französische Republik hat viele Regierungen gesehen: vergessene und unvergessene. Die Regierung Blum, so lang oder so kurz sie währen mag, wird zu den unvergessenen gehören. Ihr Name bleibt in die Tafeln der Geschichte eingetragen.

In zwei Monaten ihrer Tätigkeit hat diese Regierung Frankreich umgestaltet. Sie hat aus einem der sozialpolitisch rückständigsten Länder der Welt das fortgeschrittenste gemacht. Sie hat das Vorurteil, daß nur Diktaturen, aber nicht parlamentarische Systeme zu raschen Entschlüssen fähig seien, mit einem Ruck über den Haufen geworfen. Sie hat durch Gewährlassen bei der Besetzung der Betriebe den Arbeitern eine allgemeine Lohnerhöhung und bezahlten Urlaub verschafft. Sie hat den Gewerkschaften zur staatlichen Anerkennung verholfen. Sie hat ihre Vorlagen über die Reform der Bank von Frankreich und die Verstaatlichung der Rüstungsindustrie mit verblüffend großen Majoritäten durch die Parlamentsmaschine gejagt. Sie hat die französische Zentralbank demokratisiert, sie verstärktem staatlichem Einfluß unterworfen und der berüchtigten Herrschaft der zweihundert Familien ein Ende gemacht. In der Rüstungsindustrie gehen Aktien und Anteilscheine gegen Entschädigung an den Staat über, der in eigener Regie die Bedürfnisse seiner Wehrmacht befriedigt. Herstellung und Verkauf von Apparaten zur Vernichtung menschlichen Lebens hören wenigstens in diesem einen Lande auf, Objekt einer skrupellosen kapitalistischen Profitwirtschaft zu sein.

Die nächsten Aufgaben, die die Regierung Blum mit gleicher Energie in Angriff genommen hat, sind die Regulierung der Preise der Agrarprodukte durch ein staatliches Getreideamt und die Bereitstellung gewaltiger Mittel für öffentliche Arbeiten zwecks Ueberwindung der Arbeitslosigkeit. Die Krise der Landwirtschaft und die der Industrie sollen in gleicher Zeit in großzügiger Weise bekämpft werden. Nach den bisherigen Proben ist kaum daran zu zweifeln, daß die Regierung auch auf diesen Gebieten die politische Macht haben wird, die sie braucht, um ihre Pläne durchzuführen. Eine andere Frage allerdings ist, wie weit der wirtschaftliche Erfolg der vollzogenen und der geplanten Maßnahmen reichen wird, welche Gegenströmungen sich gegen ihn geltend machen werden.

Die nächstliegende Gefahr ist die, daß den stürmischen Lohnerhöhungen nicht minder stürmische Erhöhungen der Preise folgen, wodurch die von den Arbeitern erzielten Erfolge wieder stark geschmälert, ja sogar auf Null reduziert werden könnten. Dieselbe Wirkung könnte eintreten, wenn sich die Regierung entgegen ihren bisherigen Absichten zu einer Devaluation des Francs gezwungen sehen würde, oder wenn es gar ohne staatliche Regulierung zu einer Entwertung des Francs, also zu einer echten Inflation käme. Die Kräfte der Sozialreaktion und ihr Instrument, die faschistischen Verbände, die jetzt zu Boden geworfen sind, warten nur auf die ersten Mißerfolge, die ersten Vertrauensverluste der Regierung, um sich wieder zu erheben. Die letzten Kämpfe sind noch nicht geschlagen, die große Entscheidung steht noch aus.

Man hat nicht mit Unrecht die Aera Léon Blum als eine Fortsetzung der großen französischen Revolution bezeichnet. Wer da weiß, was diese Revolution für die ganze Welt bedeutet und welche tiefe Spuren sie besonders in Deutschland gezogen hat, der weiß auch, daß der Ausgang der gegenwärtigen Kämpfe in Frankreich nicht ohne Einwirkung auf die Entwicklung in Deutschland bleiben kann.

Schweden demonstrieren gegen Hitler

»Heraus mit Jansson und Mineur!« — Gesandtschaftsskandal in Stockholm.

Man schreibt uns aus Stockholm: Monate sind vergangen, seit die schwedischen Seeleute Jansson und Mineur in Hitlerdeutschland zu Zuchthausstrafen von 5 und 6 Jahren verurteilt wurden, weil sie einem deutschen Arbeiter eine im Dritten Reich verbotene Zeitung gezeigt hatten. Wir schilderten seinerzeit die ungeheure Erregung, die das barbarische Urteil in der ganzen skandinavischen Öffentlichkeit — nicht nur in Arbeiterkreisen — hervorgerufen hat.

Nachdem die Welt mit Stauern von der offiziellen Visite eines deutschen Bischofs und »Brückenbauers« (so haben sich selbst die Kompromißgeneigten und Hitler-Anwälte der hohen kirchlichen Bürokratie in Deutschland bezeichnet), des Herrn Berning von Osnabrück im Konzentrationslager Papenburg und seinem feierlichen Tedeum für den »Führer« Kenntnis genommen hat, kommt die nicht minder frappierende Information über einen anderen »Brückenbauer«, den Bischof Gröber von Freiburg, daß er kürzlich in einer Freiburger Gesellschaft, und zwar mit der ausdrücklichen Erlaubnis, von seiner Erklärung jeden öffentlichen Gebrauch zu machen, sich folgendermaßen im »Kulturkampf« festgelegt hat:

»Ich habe mich geirrt, als ich hoffte, mich durch stete Bekundung des Willens zur positiven Mitarbeit im Dritten Reich mit dem nationalsozialistischen Regime verständigen zu können. Es wird noch schlimmer kommen, ja, das Schlimmste ist zu befürchten.«

Von Herrn Gröber wurde früher berichtet, daß die Hakenkreuzfahne an seinem Freiburger Palais von allen anderen Freiburger Fahnen sich durch besonders demonstrative Länge ausgezeichnet habe. Gröber hat — gegen Faulhaber, Galen, Schreiber und andere Kirchenpotentaten, die der moralischen Widerstandskraft ihrer eignen Sache mehr vertrauten und sich schon in früheren Stadien der Entwicklung tapfer auch einem wirklich kämpfenden Katakombendasein des Katholizismus in Hitlerien nicht entziehen wollten — auf fast allen Fuldaer und anderen deutschen Konzilien den Standpunkt des nachgiebigen »faire aller, faire passer« gegenüber staatlicher Immoralität vertreten und damit, unterstützt von der besonderen traditionellen Autorität des Kölner Kardinals, auch in der großen Linie immer obgesiegt. Das Damaskus von Gröber ist also mehr als nur eine Privatsache dieses hohen Kirchenfunktionärs. Im Vergleich zum Fall Berning zeigt aber auch die Affäre Gröber (für die der Gewährsmann die in Luzern erscheinenden »Deutschen Briefe« sind) die ganze

Diese Erregung hat nicht mit der Zeit nachgelassen. Sie ist gewachsen. Ein überparteiliches Jansson-Mineur-Befreiungskomitee wurde gebildet, das im ganzen Lande zahllose große Protestkundgebungen gegen die Hitlerbarbare veranstaltet, an denen gewaltige Menschenmassen teilnahmen.

Jetzt haben in Stockholm Sozialdemokratie und Gewerkschaften zu einem großen Antihitler-Demonstrationszug durch die Straßen der Stadt am 28. Juli aufgerufen. Gegen das André-Urteil, gegen die Einkerkelung der schwedischen Seeleute, für die Befreiung aller Hitleropfer und die Verteidigung des Weltfriedens marschiert an diesem Tage das Stockholmer Proletariat unter dem von Roman Rolland geprägten Losungsruf: »Der Friede Europas ist in Hitlers Gefängnissen eingekerkert! Wir müssen ihn befreien!«

Die »Antwort« des Dritten Reiches

Dieser Tage sprach eine schwedische Delegation auf der deutschen Gesandtschaft in Stockholm vor, um ein Protestschreiben in Sachen Jansson-Mineur zu überreichen. Die Gesandtschaft Adolf Hitlers benutzte das als Gelegenheit zu einer unverschämten Beleidigung und Herausforderung des »blutsverwandten« schwedischen Volkes. Als die Schweden den Arbeitersum des Legationssekretärs betreten, verließ dieser demonstrativ das Zimmer. Er schickte einen Gesandtschaftsdiener vor, der das Protestschreiben entgegennahm und vor den Augen der Delegierten in den Papierkorb warf. Es braucht wohl nicht erst geschildert zu werden, wie diese ungeheuerliche Provokation, die sofort in der ganzen Stadt bekannt wurde, auf die Bevölkerung gewirkt hat.

Flugblätter an deutsche Kriegsmarine

Kürzlich besuchte das Panzerschiff »Admiral Scheer« den Stockholmer Hafen. Als die Matrosen an Land kamen, wurden ihnen Flugblätter in deutscher Sprache überreicht, in denen das an Jansson und Mineur begangene brutale Unrecht geschildert wurde. Deutschkundige Stockholmer traten an die Matrosen heran, um deren Meinung über das Urteil zu hören. Da ein Untertan Hitlers keine Meinung haben darf, erklärten die Matrosen ausweichend, daß sie über den ganzen Fall nicht im Bilde seien, denn in den deutschen Zeitungen hätte nichts darüber gestanden. Einige gingen soweit zu sagen, daß es ihnen verboten sei, sich zu äußern, und daß

Verwirrung im katholischen Lager

»Brückenbauer« unter sich

Direktionslosigkeit der deutschen Kirchenleitung auf der Grenzlinie zwischen Religion und Politik.

Materielle Verluste, welche die Kirche von einem weiteren Aufstieg der arbeitenden Massen und ihrer gleichberechtigten Partnerschaft an der Regierung vieler europäischer und außereuropäischer Länder mit Recht oder Unrecht befürchtet, treiben sie in eine Art Lord-Protectorat für jede Art autoritärer Regierung, selbst von der »konzentriertesten« Form des reinen Faschismus. Die einfache Fortentwicklung gewisser weltanschaulicher Keime, die der deutsche Nationalsozialismus aber im Protestantismus deutscher Prägung, wenigstens in seiner integralen Form, vorfand, und in ein System der blonden Barbarei verwandelte, ist aber der andere, der negative Pol für das praktische kirchliche Verhalten. Zwischen beiden Antagonismen schwankt eigentlich sehr hilflos eine Macht hin und her, die immer — und grade gegenüber allen jungen und sie übergehenden Bewegungen — auf ihre zweitausendjährige Geschichte, Uebung und Tradition pochte! Das, was sich im Rahmen der Weltpolitik grade jetzt in der unmotiviert-überstürzten Revidierung des österreichischen Standpunktes zum Dritten Reich abgespielt hat, wiederholt sich im ungleich bescheideneren Rahmen der innerdeutschen Hierarchie. Berning und Gröber — das sind eben die beiden Enden des einen Taus, an dem die Kirche in ihren oberen Instanzen sowohl nach hier, wie nach dort ziehen möchte. Man kann nicht sagen, daß dies Verhalten sehr viel würdiger wäre, als wie das des Völkerbundes oder der britischen gouvernementalen Seele...

Was Herrn Gröber insbesondere bewegt haben mag, gerade jetzt sich so (und auf wie lange?) festzulegen, ist die Sorge darum, daß das Dritte Reich — nicht zuletzt dank des Verhaltens, das — mit Papen angefangen — hohe katholische Kreise dem braunen Regime gegenüber so wohlwollend bezeugten — nunmehr so stark geworden ist, daß es die Neutralität der Kirche gar nicht mehr benötigt und also

zur offenen Aufkündigung des Konkordates nach der Olympiade übergehen könnte. Dabei würde es sich dann nicht nur um die geringen Reste eines katholischen Schrifttums handeln, die nunmehr auch noch »restlos« zu vernichten wären, um Auflösung der Organisationen der Kirche, die noch nicht von den Nazis unmittelbar kontrolliert werden — auch deren gibt es nicht mehr viel — sondern vor allem, um die rigorose Staatskontrolle über die Klöster und Orden, die Auflösung aller Klosterschulen, die bedingungslose und rechtlose Säufung der katholischen Caritas in die rein staatlich-parteiliche Wohlfahrtspflege des Nationalsozialismus, um die »totale« Erziehung im »totalen Staat« und anderes mehr. Es ist die Kirche selbst und vor allem der Marxierten-Koller ihrer Amtsstellen-Feudalität in Deutschland, der diese grotesk-verfahrenere Situation für sie selbst heraufbeschworen hat; aus antimarxistischen Motiven hat man den Anfängen des Nationalsozialismus Vorschub geleistet und erntet jetzt die Früchte so weisen Verhaltens...

Es ist die antihitlerische Pariser katholische Korrespondenz »Kulturkampf«, die selbst resigniert angesichts des deutsch-österreichischen Abkommens feststellen muß, wie der Katholizismus hier in dieser seiner kläglichen Situation seine Trümpfe aus der Hand hat geben müssen, ohne sie im geringsten zum Stich bringen zu können. In ihrer letzten Nummer 24 heißt es nämlich zu jenem Hitler-Schuschniggischen Vertrag u. a. »Es wäre töricht, von einem Abkommen, das mit der Kirchenpolitik gar nichts zu tun hat, die Respektierung der kirchlichen Rechte in einem Augenblick zu erwarten, wo der Staatsvertrag, der die feierliche Garantie der Rechte und der Freiheit der Kirche enthält, wo das Konkordat praktisch hinfällig geworden ist und wahrscheinlich über kurz oder lang auch formell nicht mehr zu halten sein wird.« Das ist doch wohl die Bankrotterklärung zu einem im Wesen antimarxistisch inszeniert gewesenen Harsardspiel, das die vergilbten Blätter der Kirchengeschichte und Kirchendiplomatie nicht gerade ruhmvoll bekleckert! E.

Autarkie im Kino

Die »Amerikaner« schließen in Deutschland

Wie die internationale Film-Fachpresse (so die »Internationale Filmschau« Nr. 10 und andere anerkannte Brancheorgane) mitteilt, beabsichtigen die berühmten amerikanischen Film-Firmen Metro, Paramount und Fox ihre Niederlassungen in Deutschland endlich zu schließen und damit das deutsche Kinopublikum in der Hauptsache den teutonischen Kitschfilmen — a la Hitlerjunge Quex — zu überlassen, deren Langweiligkeit und verlogene Hohlheit es so wie so schon bis zum Hals stehen hat. Die Ursache besteht darin, daß die genannten Firmen schon seit langem keine Ueberweisungen mehr an ihre Mutterfirmen vornehmen können. Der Ausweg, der sich durch Erwerbung von Sperrmark eventuell böte, ist dadurch ungangbar, daß die Amerikaner dabei 60 bis 65 Prozent der geschuldeten Beträge verlieren würden. Die Film-Branche-Blätter fügen dieser Meldung wörtlich hinzu:

»Verschärft wird die Lage weiter durch den Umstand, daß durch das Verbot amerikanischer Spitzenfilme die Rentabilität des Verleihes in Frage gestellt wird. Die drei amerikanischen Großfirmen haben durch ihre deutschen Filialen allein im vergangenen Jahr noch 3,3 Millionen Mark der deutschen Wirtschaft zuführen können, in der Form von Gehältern, Kopiekosten u. a. Diese Millionen sind, nunmehr für Herrn Schacht ganz verloren. Schlimm steht es aber auch um die deutschen Kinos die mit amerikanischen Firmen grade die größten geschäftlichen Erfolge zu verzeichnen hatten.«

Das letztere versteht sich am Rande! Um den Zuhälter Horst Wessel, den man schon von Amtsgesang und Nationalhymne wegen preisen muß, auch noch im Flimmerkasten bewundern zu dürfen, wird selbst den eingelebtesten Pg's allmählich das Geld zu schade. Göbbels film-künstlerische Eintopfgerichte ziehen selbst bei den ewig Achtzehnjährigen nicht mehr.

Das schwierige Wort

Es ist nichts Zufälliges, daß der Nationalsozialismus diese Olympiade zum Erlebnis aller gestaltet, und damit einen Beitrag Deutschlands zum Weltkriege liefern wird. Der »Westen«, Berlin, Nr. 203.

sie selbst wegen »Landesverrat« im Zuchthaus landen würden, wenn sie sich auf derartige Gespräche einließen.

Ein ähnliches Erlebnis hatten übrigens die Teilnehmer einer deutschen Nordlandfahrt zu verbuchen. Als ihr Dampfer die Hauptstadt Islands Reykjavik anließ, wurden sie von einer deutschsprachigen Inschrift in mannhohen Buchstaben »Nieder mit Hitler!« begrüßt. Als sie von Bord gingen, wurden ihnen kleine Heftchen, scheinbar Werbeschriften eines Verkehrsblatts, überreicht, die aber — wie sich bei der Lektüre herausstellte — weniger über die Schönheiten Islands als über die Scheußlichkeiten der Hitlerbarbare berichteten. Einige Reisende, wahrscheinlich irgendwelche Obernazis, wandten sich empört an die Polizei, die ihnen jedoch nur mit einem ebenso höflichen wie bestimmten Hinweis auf die in Island herrschende Preß- und Meinungsfreiheit dienen konnte.

Vorsicht vor Führerworten!

In Deutschland ist soeben ein Erlaß herausgekommen, der es den Schriftstellern streng untersagt, Führerworte zu zitieren, ohne vorher die Erlaubnis der zuständigen Stellen eingeholt zu haben. Ein Ukas gleicher Art wurde bereits vor längerer Zeit erlassen. Er scheint aber seine Wirkung verfehlt zu haben, denn es ist den Untertanen nun mal schwer begreiflich zu machen, warum die heiligen Aussprüche, die sogar rechtsbildend wirken und über das geschriebene Recht gesetzt werden, einer derart strengen Kontrolle unterliegen. Der Nicht-Untertan versteht die Maßnahmen besser. Er weiß, daß die nationalsozialistischen Parteiführer in der Kampfzeit allen alles versprochen haben, und daß jeder, der heute an diese Versprechen erinnert, leicht in den Geruch der Staatsfeindlichkeit kommt.

Als Beispiel mag das folgende »Führerwort« gelten, das die »Dresdner Nachrichten« am 9. Juli 1936, wenige Tage vor Inkraftsetzung des Zitatenerlasses, wiedergaben:

»Ich wünsche, daß dermaleinst jeder deutsche Arbeiter sein Haus hat, und daß dieses Haus seine Burg werde, und ich würde selbst nationalsozialistischen Gendarmen verbieten, diese Burg zu betreten.«
Solche Anzüglichkeiten müssen natürlich verboten werden.

Konsument - Nebensache

Wo rauchen die Schornsteine stärker, wo schwächer?

Die »Frankfurter Zeitung« schrieb am 16. Juli:

»Der Abstand zwischen Konsum und industrieller Produktion, der seit Beginn des gegenwärtigen Wirtschaftsaufstiegs in Deutschland in einem Maße gewachsen war wie noch nie zuvor und wie in keinem anderen Lande der Welt, hat sich seit Jahresbeginn nicht mehr vergrößert. Verkleinert hat er sich freilich noch nicht, und das Phänomen, daß Deutschlands industrielle Kräfte zu einem viel höheren Teil als es selbst in früheren Hochkonjunkturperioden der Fall gewesen ist, mit der Herstellung von Anlagegütern beschäftigt sind und zu einem geringeren Teil für die Deckung des unmittelbaren Verbrauchs der Konsumenten — dieses Phänomen bleibt einseitig in vollem Umfang bestehen. . . Je nachdem, ob eine Industrie Güter für Anlagezwecke oder für den Konsumenten herstellt, rauchen die Schornsteine stärker oder schwächer, laufen die Maschinen schneller oder langsamer, beschäftigt sie mehr oder weniger Menschen.« Diese Feststellung hat nichts Ueberwunderliches. Sie besagt, was man schon weiß, daß der Anteil der Erzeugung für den unmittelbaren Konsum immer weiter hinter der Rüstungsproduktion zurückbleibt. Man darf aber nicht außer acht lassen, daß auch die Industrie von Konsumgütern in zunehmendem Maße in den Dienst der Aufrüstung gestellt wird, auch hier wird der private Konsum durch den Staatsauftrag verdrängt, z. B. der Zivilanzug durch die Uniform. Das kommt in dem Beschäftigungsindex des Statistischen Reichsamts nicht zum Ausdruck, nach dem im April 1936 die Erzeugung von Investitionsgütern um 10 Prozent höher, die von Verbrauchsgütern um 6 Prozent niedriger als 1928 gewesen ist. Deutlicher als aus den amtlichen Schätzungen kann man die wirkliche Lage aus den Berichten der Industrie- und Handelskammern ablesen, umso mehr als ihr »Nachdruck — auch auszugsweise — verboten« ist.

Es liegen die Berichte des Bezirks Chemnitz vom Juli 1936 und aus dem Wirtschaftsbezirk Rheinland für das 2. Vierteljahr 1936 vor, beides Bezirke mit sehr starker Textilindustrie. Es geht aus ihnen hervor die starke Abnahme im Beschäftigungsgrad der Industriezweige, die bedingt ist durch das Mißverhältnis zwischen staatlichen Aufträgen und privatem Konsum, Rohstoffvorrat und Rohstoffbedarf, Ausfuhrnotwendigkeit und Ausfuhrmöglichkeit. Am stärksten ist die Beschäftigung in der Eisen erzeugenden, weniger befriedigend in der Eisen verarbeitenden Industrie, teilweise unbefriedigend bis zum Rückgang in der Textil- und Lederindustrie und dort, wo sich der Mangel an Konsumkraft am stärksten äußert, im Handel.

Eisenerzeugung

»Die Beschäftigung- und Absatzlage des Eisenerzbergbaues und der Hochofenindustrie waren weiterhin günstig. . . Die Roheisenerzeugung bewegte sich nach einem vorübergehend eingetretenen kleinen Rückgang wieder in steigender Richtung. . . Auch auf den Auslandsmärkten machte sich bei gebesserten Preisen eine stärkere Nachfrage nach Roheisen bemerkbar.« (Koblenz)

»Die Beschäftigung der Hütten- und Walzwerke kann im allgemeinen als gut angesprochen werden, die Belegschaften wurden in Anbetracht des steigenden In- und Auslandsabsatzes erhöht. . . Die zukünftige Entwicklung wird weiter als gut angesehen.« (Aachen, Koblenz, Köln.)

Eisenverarbeitung

»Die Maschinenindustrie war im allgemeinen gut beschäftigt, wenn auch bei einigen Werken die Beschäftigung etwas rückläufig war und Entlassungen nicht vermieden werden konnten. . . Für die nächsten Monate wird mit einem weiterhin befriedigenden Umsatz gerechnet.« (Aachen, Koblenz, Köln.)

»Aus dem Inland ist für den Werkzeugmaschinenbau der Auftragseingang nach wie vor stark. Der Beschäftigungsgrad des Werkzeugmaschinenbaues ist unvermindert gut.« (Chemnitz.)

»Die fortlaufend gute Inlandsnachfrage sichert die bisherige Beschäftigung in der Werkzeugmaschinenindustrie auch weiterhin. Hinsichtlich des im ganzen ruhigen Auslandsgeschäftes sind verschiedentlich Umsatzbesserungen zu verzeichnen gewesen.« (Köln.)

»In der Textilmaschinenindustrie sind wesentliche Änderungen nicht eingetreten. Das

Geschäft im Webstuhl-, Bleicherei-, Appretur- und Färbereimaschinenbau bewegte sich in den Grenzen des Vormonats. Der Cottonmaschinenbau liegt weiter darnieder. Im Rundtrickmaschinenbau ist ein Nachlassen der Aufträge, bedingt durch saisonmäßige Einflüsse, zu verzeichnen. Der befriedigende Bestelleingang im Spinnmaschinenbau hat angehalten.« (Chemnitz.)

»Eine erhebliche Steigerung des Umsatzes in Motorrädern ist zu verzeichnen.« (Chemnitz.)

»Die Lage der Eisenwarenindustrie blieb uneinheitlich. Teils ist der Geschäftsgang sehr gut, so daß Nachschichten eingelegt werden mußten, teils ist der Auftragseingang nur sehr schleppend.« (Koblenz, Köln.)

»Die Produktionsentwicklung ist in der Automobilindustrie weiter aufwärtsgerichtet gewesen, so daß die Belegschaften wiederum verstärkt werden mußten. Gewisse Hemmungen ergaben sich jedoch infolge von langen Fristen in der Lieferung von Reifen und Karosserien.« (Köln.)

Die Hemmungen entstammen zweifellos der Rohstoffknappheit.

Bauindustrie

»Der Tiefbau verzeichnet eine gewisse Besserung, jedoch beruht diese im wesentlichen noch auf den Arbeiten der Reichsautobahnen, während von seiten der Kommunen große Arbeiten nicht vorliegen. Im Hochbau hat die Beschäftigung weitere Fortschritte gemacht, wobei allerdings die kommunale Bautätigkeit noch immer zu wünschen übrig läßt. Die Auftraggeber im Hochbau sind im wesentlichen private Bauherren und Industrie. Bei der Industrie handelt es sich wiederum besonders um Wohnungsbauten, Werkumbau- und Reparaturarbeiten, wohingegen der Werksneubau noch verhältnismäßig zurücksteht. Es muß jedoch darauf hingewiesen werden, daß die Kapazität des Baugewerbes im Bezirk noch bei weitem nicht ausgenutzt ist.« (Aachen, Köln.)

Textilindustrie

Hier ist zu berücksichtigen, daß jeder Betrieb mit einem bestimmten Rohstoffkontingent auskommen muß und daher Zwang zur Kurzarbeit besteht. Ähnlich liegt es bei der Lederindustrie.

»Die Beschäftigung der Baumwollspinnereien war im Rahmen der nach dem Spinnstoffgesetz zulässigen Arbeitszeit befriedigend. . . Exportgeschäfte in Baumwollgarben und -zwirnen waren mit ganz geringen Ausnahmen fast unmöglich.« (Aachen.)

»Die wirtschaftliche Lage in der Baumwollspinnerei hat sich im Monat Juni nur unwesentlich gegenüber dem Vormonat geändert. — Ähnlich liegen die Verhältnisse bei den Kammgarnspinnereien.« (Chemnitz.)

»Bei der Strumpfindustrie hat sich die Nachfrage sowohl aus dem In- als auch aus dem Ausland gehalten. . . Die Preise haben keine Besserung erfahren. Der Kasseneingang ließ teilweise zu wünschen übrig.« (Chemnitz.)

»Die Spindelstunden-Beschäftigung der

Kammgarnspinnereien liegt bei etwa 33 Stunden im Durchschnitt, durch stärkere Exportarbeit konnte sie im hiesigen Bezirk jedoch günstiger gestaltet werden.« (Köln.)

»Für die Trikotagenindustrie ergab die nach dem Pfingstfest eingetretene ungünstige Witterung eine Stockung im Auftragsengang. . . Der noch vorhandene Auftragsbestand ermöglichte aber die Aufrechterhaltung der Produktion in dem ungefähren bisherigen Ausmaß. . . In Stapelartikeln ist der Konkurrenzkampf außerordentlich stark.« (Chemnitz.)

»Aus der Baumwoll- und Buntweberei des Chemnitzer Bezirks wird ein kaum befriedigender Beschäftigungsgrad gemeldet, der Auftragsbestand ist normal bis ungenügend. Noch weniger befriedigend ist der Auftragsengang. Das Ausführungsgeschäft ruht fast vollständig.«

Lederindustrie

»In der Feinlederindustrie führte die Rohwareknappheit fast allgemein zu Arbeitszeitverkürzungen. Die Beschaffung der Rohware im Kompensationswege führte zu einer fühlbaren Erhöhung der Einstandskosten. . . Infolge der Erhöhung der Unkosten und der dadurch eingetretenen Steigerung der Fertigwarenpreise konnten verschiedentlich Auftragsaufträge nicht angenommen werden.« (Koblenz.)

»Die Schuhfabriken waren während der Berichtszeit gut beschäftigt. Zu den neuen Preisen, die 10—15 Prozent höher liegen müssen, ist schwer zu verkaufen. Eine Disposition auf lange Sicht ist nicht möglich, da die Lederfabriken Abschlussaufträge nicht herannehmen und Sofortaufträge nur im Rahmen der vorjährigen Bezüge.« (Aachen.)

Einzelhandel

»... gegenüber dem Vorjahr bestenfalls gleichgebliebene Umsätze, zum Teil auch nicht unerhebliche Umsatzausfälle.« (Chemnitz.)

»Im Kolonialwareneinzelhandel hat die Geschäftsentwicklung im Juni 1936 den Umsatz des Juni 1935 nicht ganz erreichen können.« (Chemnitz.)

»Im Möbeleinzelhandel ist das Geschäft wie bisher schleppend.« (Chemnitz.)

»Im Einzelhandel mit gemischten Textilwaren haben sich die Umsätze im allgemeinen gleichmäßig gut gehalten. Die Preise ziehen allmählich an.« (Koblenz, Köln.)

»Der Einzelhandel mit Herrenbekleidung hatte etwas höhere Umsätze aufzuweisen als im vergangenen Jahr. Auch hier zeigten sich in den letzten Wochen Preiserhöhungstendenzen. Der vorhandene aber ungedeckte Bedarf ist noch groß.« (Köln.)

Da in der letzten Zeit starke Verlagerungen der Industrie stattgefunden haben, z. B. von der Verarbeitung natürlicher Rohstoffe auf Ersatzstoffe, darf das Bild, das diese Berichte zeigen, nicht verallgemeinert werden. Immerhin zeigt auch diese Teilansicht, wie stark der »Aufschwung« durch die Aufrüstung bedingt ist.

G. A. F.

Opfer der Rüstungsklassen

Erkrankungen bei der Krupp A. G. um 85 Prozent gestiegen

Aus den Geschäftsberichten zahlreicher Krankenkassen war zu entnehmen, daß die Erkrankungsfälle im letzten Jahre außerordentlich stark zugenommen haben. Nicht nur absolut, sondern auch die Ziffer des Anteils der Erkrankungen an der Gesamtzahl der Versicherten ist bedeutend gestiegen. Diese ungünstige Entwicklung der Volksgesundheit wird jetzt durch den Bericht der Hütten- und Walzwerk-Berufsgenossenschaft und durch den Rechnungsabschluß der Kruppischen Betriebskrankenkassen unterstrichen.

Die Hütten- und Walzwerk-Berufsgenossenschaft muß in ihrem Bericht mitteilen, daß sich die Zahl der tödlichen Unfälle von 1932 bis 1935 fast verdreifacht hat. Der Prozentsatz der verunglückten versicherten Personen ist in der gleichen Zeit von 8,32 auf 11,52, also um rund 40 Prozent, gestiegen. Für die Arbeiterschaft der Krupp-Werke in Essen ist eine noch ungünstigere Entwicklung festzustellen. In dem Bericht der Betriebskrankenkasse heißt es:

»In der letzten Hälfte des Jahres 1934 setzte ein starkes Anwachsen der leichteren Versicherungsfälle ein. Insbesondere wurde die Klasse von den neuangestellten jüngeren Mitgliedern verhältnismäßig viel in Anspruch genommen. Die Zahl der auf hundert Mitglieder aus-

gestellten Krankenscheine ist von 115,11 auf 180 im Berichtsjahr (1935) gestiegen. Mit Arbeitsunfähigkeit verbundene Erkrankungsfälle waren auf hundert Mitglieder zu verzeichnen: 1932 23,26; 1935 dagegen 43,1. Mithin eine Steigerung um rund 85 Prozent. Ein im August durch Anschlag in den Betrieben durch die Zeitschrift der Kruppischen Betriebsgemeinschaft erfolgter Appell an die Kassenmitglieder zur Schonung der Kassenmittel verhallte ungehört. Von wenig Erfolg blieb endlich auch eine Anweisung des (nationalsozialistischen) Amtsleiters der kassenärztlichen Vereinigung an die Kassenärzte, unberechtigte Wünsche der Kassenmitglieder abzuwehren.

Während in früheren Jahren bei der berichtenden Kasse der vom Hundertsatz der bei den vertrauensärztlichen Nachuntersuchungen arbeitsunfähig befundenen Mitglieder zwischen 10 und 15 Prozent schwankte, betrug dieser im Berichtsjahr insgesamt rund 30. Außerdem ergab sich, daß von etwa 800 Arbeitsunfähigen, die von der Kasse zur mehrtägigen Beobachtung in Krankenhäusern eingewiesen wurden, insgesamt rund 80 vom Hundert arbeitsunfähig waren.

Dieser Bericht zerstört den Schwindel von der angeblichen Schönheit der Arbeit und er ist außerdem ein Dokument, das gegen die Lügenbehauptungen der Nationalsozialisten zeugt, die von einem fort-

schreitenden Steigen des Lebensstandards der deutschen Arbeiter sprechen. Die Ziffern der Krankenkassen und der Berufsgenossenschaften bringen im Gegenteil zum Ausdruck, daß der Gesundheitszustand der arbeitenden Bevölkerung sich rapid verschlechtert. Die durchgeführte Rationalisierung, das unter der Herrschaft der Nationalsozialisten ausgebaute Antreibersystem, die niedrige Entlohnung und die erhöhten Lebensmittelpreise, wirken sich in der nachteiligsten Weise in den arbeitenden Schichten aus. Trotz aller Schikanen gegen die Erkrankten, die von den Kassen und den Ärzten gleichermaßen angewendet werden, läßt sich das Zunehmen des Arbeiterelends nicht völlig verbergen.

Es fügt sich passend in die Verhältnisse des Dritten Reiches ein, daß die Betriebskrankenkasse der Krupp A. G. ihre Leistungen im vorigen Jahre weiter abgebaut hat und auch für die Zukunft mit neuerlichen Einschränkungen droht, dabei aber gleichzeitig eine Beitragserhöhung ankündigt!

Verseuchte Hitlerjugend

Selbst dem Reichsgericht wird es zu bunt.

Das Reichsgericht hat vor zwei Jahren entschieden, daß ein Oberbannführer der Hitlerjugend, sofern er die ihm anvertrauten Kinder sexuell mißbraucht, zu einer höheren Strafe als üblich zu verurteilen sei, weil seine Erziehereigenschaft in diesem Falle strafverschärfend wirke. Inzwischen hat die sittliche Gefährdung der deutschen »Pimpfe« einen solchen Umfang angenommen, daß verschiedene Geistliche beider Konfessionen sich bereits zu heftigen Protesten veranlaßt sahen. Vor Gericht pflegten die »Führer der Jugend« sich hinter dem Argument zu verschütten, sie seien noch zu jung, um als voll verantwortlich zu gelten. Ein um so bequemer und beliebter Entschuldigungsgrund, als man im Dritten Reich tatsächlich immer mehr dazu übergeht, die unreifsten Halbwüchsigen avancieren zu lassen. Sie denken weniger nach und geraten nicht so leicht ins Meckern.

Nummer hat der 1. Strafsenat des Reichsgerichts in einem Prozeß, über den natürlich keine deutsche Zeitung berichten durfte, dahin entschieden, daß die oben genannte Strafverschärfung auch auf Unterführer der HJ anzuwenden sei. In der Begründung heißt es:

»Gerade in einer kleineren Einheit, in der der Führer mit den ihm unterstellten Jungen im regelmäßigen Dienst persönlich in Berührung komme und seine erzieherische Einwirkung deshalb noch eine unmittelbarere sei als bei einem höheren Führer, begehe der Gedanke der Erziehereigenschaft des dienstlichen Vorgesetzten nahe. Zu Unrecht habe die Verteidigung geltend gemacht, daß ein Unterführer im Deutschen Jungvolk, der eine Jungenschaft von 15 Pimpfen führe, in vielen Fällen selbst noch zu jung sei, um als Erzieher im Sinne des § 174 StGB. zu gelten. Denn mit der Einrichtung der Staatsjugendorganisationen sei grundsätzlich die Erziehung der deutschen Jugend in der Hitlerjugend und im Jungvolk durch deren, wenn auch selbst noch jugendliche Führer eingeführt worden, in der gerade »Jugend durch Jugend erzogen« werden solle. Demgegenüber könne nicht der Einwand geltend gemacht werden, daß im Einzelfalle ein Führer wegen Jugendlichkeit nicht tauglich sei, Erzieher im Sinne des § 174 StGB. zu sein.«

Selbst den Herren Reichsgerichtsräten scheinen nachgerade die Haare zu Berge zu stehen. Aber jedermann weiß, daß es nur in den seltensten Fällen zu einem Prozeß kommt. Zumeist wagen die mißbrauchten Kinder keine Beschwerde, und wenn sie oder ihre Eltern doch einmal aufmucken, so wird das Verfahren im Keime erstickt, damit dem »Ansehen der Bewegung« kein Schaden geschehe. Die Verderber der deutschen Jugend bleiben weiter am Werk.

»Allgemeinbildung«

Im Haus der Deutschen Presse zu Berlin fand eine Arbeitstagung des Reichverbandes der deutschen Presse statt. Hauptschriftleiter Weiß behandelte die Nachwuchsfrage der deutschen Presse und gab bekannt, daß man künftig besonderen Wert auf eine ausreichende Allgemeinbildung legen werde. Was unter dieser Allgemeinbildung verstanden wird, lehrt der nächste Satz seiner Rede:

»Eine gründliche Kenntnis der deutschen Geschichte sowie des politischen Kampfes der nationalsozialistischen Bewegung bildet die Voraussetzung für jede Art beruflicher Betätigung eines deutschen Schriftleiters.« Wer mehr gelernt hat, bemühe sich gar nicht erst um einen Redakteurposten, denn ein umfassenderes Wissen führt unweigerlich zur Meckerei.

Das kommt davon!



Hitlers Neomilitarismus

Die »gepanzerte Faust« — tabellarisch.

Man hat sich ausgerechnet die letzte Pfingsttagung der deutschen Tuberkulose-Aerzte, die in diesem Jahr verkoppelt war mit einer Reichstagung der Aerzte des öffentlichen Gesundheitsdienstes, ausgesucht, um Hitlers »gepanzerter Faust« der Welt einigermaßen eindringlich zu machen. Schon die Wandlung in der Wahl der merkwürdigen Gelegenheit zum militaristischen Auftrumpfen ist psychologisch interessant genug. Das ist das Aufreizende gegenüber früher: wie der Militarismus schon in seinem Vorbereitungsstadium, heute keine Sache mehr neben der Nation, deren bürgerliche Denkart auf ganz anderes gerichtet bleibt, darstellt — was dieser sogar gerade da, wo er das Por-

zellan der Politik zerschlug, oft genug als peinlich und unerträglich empfunden — sondern ein Fluidum, das alle Lebensbezirke des bürgerlichen All- und Werktags eindringlichst und allgegenwärtig durchtränkt, das den Tuberkulosenarzt mindestens so anzugehen scheint, wie den General, die Frau und das unmündige Kind, nicht weniger als den für kriegstauglich ausgemusterten Mann.

Der Ministerialdirektor im Frickschen Reichsinnenministerium, Herr Gütt, hatte den sicherlich unmittelbaren Auftrag von ganz oben, der Welt klar zu machen, was Herr Hitler sie kostet, wenn er einmal losgeht! Er tat das in nüchternen Zahlen. Seine dabei verwendeten Ausdrücke wie »einsatzbereiteste und schlagkräftigste Mannschaft« waren verräterisch genug für den Geist, aus dem hier Tabelle und Statistik quoll. Zunächst also: Deutschland besitzt für das Jahr 1936 350.900 Kna-

ben, die zwanzig Jahre, also wehrmündig werden; aber keine Angst! nach Gütt: im Jahre 1950 werden es schon 498.000 und im Jahre 1955 sogar 550.000 sein!

»Die Gesamtwehrkraft des deutschen Volkes an 20- bis 35jährigen Männern betrug (wörtlich nach dem Gewährsmann) im Jahre 1930 12.438.000, aber im Jahre 1950 wird sie betragen: 12.994.000 Mann«.

Was freilich jene »einsatzbereiteste und schlagkräftigste Mannschaft« (wörtlich nach Gütt) angeht, so hat es damit zufolge der Tatsache, daß solcher militaristischer Zahlenrausch schon einmal der Nation, ebenso wie der ganzen Welt zum schauerlichen Verhängnis geworden ist, für die »deutsche Zukunft« einen argen Haken. Nämlich diese 20- bis 25jährigen waren im Jahre 1930 noch 3.210.000 an der Zahl, im Jahre 1950 werden es aber nur 2.260.000 sein. Daß da eine blanke und runde Million fehlt,

das allerdings ist die Schuld der moralischen Vorläufer des Herrn Gütt, die einmal ähnlich auftrumpften. Aber das verschweigt er.

Nach dem Ministerialdirektor kamen die Militärärzte zu Wort — wie gesagt, auf einer Tagung, die der Bekämpfung der Tuberkulose gewidmet war. Der Herr Oberfeldarzt Müller aus Berlin (wir zitieren immer nach dem Verhandlungsbericht der »Deutschen Medizinischen Wochenschrift«), stellte die überaus beweiskräftige Tatsache — beweiskräftig für die ganz anderen Ansprüche, die heute der Militarismus an die Bevölkerung stellt — mit rechtem Stolz heraus:

Im Jahre 1913 seien bei den Mustern von je 100 Abgefertigten 63,6 Prozent als tauglich zum aktiven Dienst befunden worden, hingegen im Jahre 1935 seien es 75,91 Prozent!

Dabei haben die ehemaligen 63prozentigen

zu ihrer Zeit sicherlich nie so recht mit dem Heldenod gerechnet. Die heutigen 76prozentigen aber —?

Zuletzt kam der Oberstabsarzt Jungblut, ebenfalls Berliner zum Referat. Und auch nicht etwa über neue Methoden zur Bekämpfung des Bazillus, sondern um zu beklagen, daß die Wehrkraft des deutschen Volkes vor dem Weltkrieg nicht völlig ausgeschöpft wurde. Jungblut wies also nach, daß während des Weltkrieges von den Unbrauchbaren über 56,3 Prozent schließlich dennoch militärbrauchbar und davon wieder volle 22 Prozent sogar kriegsverwendungsfähig geschriben wurden. Dachte der Herr Oberstabsarzt hier an verflissene Herrlichkeiten, als manchmal sogar ein Holzbein — wenn gerade der »Staber« seine Wut und seine Not, hatte — wieder, wenn auch irrtümlich, im Schützengraben landete? Doch wer wird, wo solcher Zahlenrausch schon wieder im voraus den nächsten Krieg ganz sicher gewinnt, solchen peinlichen Reminiszenzen huldigen?

»Wir sind erzbereit — das berühmteberühmte Wort, gefallen aus anderem Munde bei anderer militanter Gelegenheit in Europa, stand hinter diesen für die Weitsituation so bezeichnenden Kriegsrechnungen einen angeblich der friedlichen Wissenschaft dienenden deutschen Fachgelehrten Tagung. Tuberkulose (damit sollte man sich auf der genannten Tagung eigentlich beschäftigen) bleibt wenigstens meist im Körper lokal beschränkt. Der Militarismus heutiger neudeutsch-Hitlerscher Prägung dringt bis in die entlegensten Winkel »nationaler« und leider vorgeschriebener Geistesverfassung.

An den Rand geschrieben: zum gleichen Thema:

1. »Auf der vorjährigen Reichsbauerntagung erging der Aufruf an die Landwirtschaft, den Anbau der Leinse zu vergrößern und den Ertrag als Spende für den Führer und Reichskanzler abzuliefern. Wie die NS-Landpost berichtet, ergibt sich aus der Vielzahl der kleinsten Anbauflächen die Möglichkeit durch V zur Verfügung-Stellung des gemerten Flachs, jedem Soldaten einen Drillichanzug zu weben.« (Frankfurter Zeitung).

2. »Als kriegsgeschichtliche Forschungsgebiete werden im Seminar und in den Dissertationen nicht so sehr nach Art der reinen Kriegsgeschichte alter Methode die kriegerischen Ereignisse, Schlachten und Gefechte behandelt, als vielmehr die bisher vernachlässigten politischen Erscheinungen und Verhältnisse der Kriegsgeschichte. . . Der Hauptnachdruck wird darauf gelegt, mit wissenschaftlichem Geist und gesichertem Wissen innere soldatische Haltung und ein tiefes und breites wehrpolitisches Verständnis zu verbinden. Die Arbeit des Seminars vermeldet unter allen Umständen dreierlei: in eine rein objektive Wissenschaftlichkeit alter Art zu versinken, einen törichtigen und üblen Kriegesgeist zu züchten (nach dem vorvergangenen liegt der Akzent lediglich

Ordensjunkler - schon unbeliebt

Der schweigsame Ley

Auslese für die Burgen nicht erst mit der Erreichung des 25. Lebensjahres, sondern beim Kinde beginnt.

Der Neugierige, ein alter Kämpfer, hat sich mit diesem »Ich wünsche« offenbar nicht zufrieden gegeben, denn, so heißt es weiter:

»Dr. Ley beschloß die Unterredung mit der Bemerkung, daß weder er noch irgendwelche Dienststellen zukünftig Interviews bezüglich der Ordensburgen geben würden. Er und seine Mitarbeiter wünschten, jetzt Jahre in Ruhe an dem Werk arbeiten zu können.«

Wir wissen in Nr. 161 des »N. V.« darauf hin, daß die Postenanwärter der nationalsozialistischen Partei künftig bereits nach Abschluß der 3. Volksschulklasse, also im Kindesalter, aus der Schulgemeinschaft herausgenommen und in sogenannten Burgen, d. h. Partelanstalten, untergebracht werden sollen. Daß diese Methode eine noch schärfere Scheidung des Volkes in Unterdrückte und Privilegierte bedeutet, scheint inzwischen selbst in Parteikreisen unliebsam aufgefallen zu sein. Die braune Wochenzeitschrift »Der SA-Mann« weiß von einem peinlichen Interview zu erzählen, das »Reichsorganisationsleiter« Ley zu überstehen hatte. Der Fragesteller, so wird berichtet,

»sprach von dem Mißtrauen, das in manchen Kreisen den nationalsozialistischen Ordensburgen entgegengebracht wird, da durch die Abgeschlossenheit ein klosterähnlicher Zustand geschaffen wird. Dieses Mißtrauen scheint verstärkt worden zu sein durch eine kürzlich gehaltene Rede Dr. Ley's, in der er davon gesprochen haben sollte, daß bereits nach Abschluß der 3. Volksschulklasse in Zukunft der Eintritt in die Ordensburgen stattfinden solle.

»Ich wünsche« — so erklärte Organisationsleiter Dr. Ley hierzu — »daß die

Wenn schwatzhafte Leute vom Schlage des Ley sich plötzlich hinter ihrer Schweigsamkeit verschancen, dann ist ihnen nicht wohl bei der Sache. In der Tat dürfte das »Mißtrauen« von dem der Interviewer sprach, durch Auskunftsverweigerung und Schweigebefehl kaum zu beseitigen sein, zumal schon heute allgemein bekannt ist, daß bei Entsendungen in die »Ordensburgen« nicht selten gröbliche Schiebung im Spiel ist, daß sich z. B. die vorgeschriebenen »kämpferischen Verdienste« durch Protektion und Vaters Geldbeutel sehr wohl ersetzen lassen. Ob Ley nun redet oder schweigt — der Titel »Junkler«, den die Bewohner der Burgen führen

dürfen, ist schon heute in einem großen Bezirk des braunen Lagers kein Ehrentitel mehr, und nach Beendigung der ersten Lehrgänge werden sich die Spannungen zwischen Führern und Genasführten erheblich verschärfen.

Die Ordensritter

»Verspäteter Maskenball«

Komisches Bild in Marienburg! Auf dem Bahnsteig erscheinen plötzlich zwei grausilberne Gestalten, die sich bei näherem Betrachten als Ordensritter entpuppen. Sie stolzieren langsam und bedächtig auf dem Bahnsteig auf und ab, klümmern sich kaum um die vielen von einem Lächeln begleiteten Seitenblicke, suchen sich ein Abteil und steigen dann in den Zug nach Marienwerder ein. »Verspäteter Maskenball« — »Reichlich eigentümliche Parade«: In diesem Rahmen bewegen sich ungefähr die Ausprüche, mit denen die »Grausilbernen« bedacht werden. Bis dann einer den erlösenden Geistesblitz an den Mann bringen kann: »Westpreußentag in Marienwerder!« (Preußische Zeitung, Nr. 200.)

auf dem beiden Adjektiven! R.) und der Wehrmacht ins Handwerk zu pfuschen.«

(Minister Professor Schmidhener, Heidelberg in einem Fachzeitschriftenbeitrag zur Jubelfeier der Heidelberger Universalität über den ersten deutschen Lehrstuhl für Wehrkunde mit kriegsgeschichtlichen Seminar.)

Das »Volksherr«

Die Methode des braunen Regimes, kriminelle Rechtsbrecher und politische Ueberzeugungstäter auf eine Stufe zu stellen, findet auch im Wehrgesetz ihren Ausdruck. »Wehrwürdig« im Sinne des § 13, Absatz 1, des Wehrgesetzes ist neben dem Zuchthäusler »derjenige, der rechtskräftig verurteilt wurde wegen einer Tat, die geeignet und nach dem Willen des Täters dazu bestimmt war, den Bestand und die Sicherheit des nationalsozialistischen Staates zu untergraben oder zu gefährden«. Der Reichskriegsminister hat zu diesem Paragraphen nunmehr Richtlinien herausgegeben, die feststellen,

»daß Wehrwürdigkeit insbesondere dann eintreten, wenn der Täter rechtskräftig zu einer Freiheitsstrafe von 9 Monaten und darüber wegen folgender Delikte verurteilt wurde: wegen Hoch- und Landesverrats, wegen einer Straftat nach § 5 Nr. 1 der Verordnung zum Schutz von Volk und Staat (Unternehmen zur Tötung des Staatsoberhauptes, der Reichsminister usw.), wegen einer Straftat nach § 2 des Gesetzes gegen die Neubildung von Parteien, wegen einer solchen nach § 1 und 2 des Gesetzes zur Gewährleistung des Rechtsfriedens (Angriffe auf Leben und Amtsausübung der Richter, Polizeibeamten, Vertreter der

Wehrmacht, der Partei und ihrer Gliederungen, Einschmuggelung staatsgefährlicher Druckschriften), wegen einer Straftat nach Artikel I § 1, Absatz 1, und § 2 des Gesetzes gegen heimtückische Angriffe auf Staat und Partei (unwahre oder gröblich entstellte Behauptungen, die das Wohl von Staat und Partei gefährden) und wegen einer Straftat nach § 134a und b StGB (Angriffe auf Reichsfarben und Parteiensymbole, gehässige Äußerungen über leitende Persönlichkeiten von Staat und Partei).

Eine »gehässige Äußerung« genügt also schon. So groß ist die Angst vor der werbenden Kraft freiheldlicher Parolen.

Kurviges Denken und dicke Phantasie

Ein bißchen braune Bildungsarbeit

Die deutschen Naziblätter haben auch einen »bildenden Teil«. Der sieht so aus:

»Menschenkenntnis«

Auszüge aus einem Artikel in der »Westfälischen Landeszeitung«, offizielles Organ der NSDAP, Nr. 187:

Glattes Haar scheint mehr den Menschen zuzugehören, deren Denken gradlinig ist, wohlgeordnet, so etwa wie eine Autobahn das Land durchschneidet, indes das krause Haar ein kurvigiges Denken offenbart; ein Denken mit mehr Phantasie; so wie auch der Nürburgring voller Kurven ist und stets voller neuer Ausblicke. Je stärker die Kraushaar, um so verwickelter das Denken.

Je dicker das Kraushaar, um so dicker die Phantasie, je dünner das Kraushaar, um so leichter.

Die schwarze Farbe scheint im Mon-

schen mehr Naturverbundenheit hervorzu-rufen, indes der blonden Haarfarbe die stark konstruktive Denkweise zu eigen ist.

Und nicht zu bestreiten ist, daß das faustische Zeitalter der Maschinen und Technik und kolonialen Eroberungen und der weltumspannenden Herrschaft und des Handels zustande kam unter der Führung nordischer Menschen, also hellhaariger Menschen. Das sind keine Märchen, sondern Dinge, die jeder selbst feststellen kann.

Man könnte noch sprechen über das straffe Haar des Soldaten — oder können Sie sich einen Soldaten vorstellen mit einer wehenden Künstermähne?

... oder vielleicht einen Propagandaminister mit blonden Hängezöpfen? Aber genug — das ist also der bildende Teil der z. Zt. regierenden Presse. Der Unterhaltungsteil ist dafür etwas oberflächlicher.

Glückliche Tiere!

Der Polizeipräsident von Erfurt erläßt eine Bekanntmachung, die sich gegen die Tierquälerei wendet. Es heißt darin, daß in letzter Zeit Tiere, insbesondere Katzen, wiederholt mißhandelt und sogar zu Tode geprügelt worden seien. Die Schuldigen würden nicht der gerichtlichen Bestrafung entgegengeführt, sondern Bestrafungen wegen Tierquälerei würden künftig auch unter voller Namensnennung in der Presse bekanntgegeben.

Wir finden, daß nach alledem, was in den letzten drei Jahren im Dritten Reich gesehen ist, eine Warnung vor der Quälerei und Folterung von Menschen viel dringlicher wäre. Wahrscheinlich sind sogar weniger Katzen als Menschen totgeschlagen worden.

armeliges, zitterndes Gnade erflehendes Bündel Mensch.

— — — Der Leser weiß natürlich längst, um wen es sich handelt. Um den gefürchteten und gehaßten Sultan Abdul Hamid. Wir haben hier Szenen aus einem historischen Film »Der blutige Sultan« geschildert, aus einem Film, der heute noch, lange nach seiner Uraufführung, immer wieder in den europäischen Städten — allerdings nicht in den deutschen — gezeigt wird und immer wieder ein zahlreiches Publikum findet.

Neue Bücher

Wer Heinrich Manns Buch vom Haß kennt, der weiß, daß der neue Band »Es kommt der Tag« (Europa-Verlag) an Schärfe nichts zu wünschen übrig läßt. Deutsches Lesebuch nennt sich der Band im Untertitel und bringt eine Sammlung Mannscher Aufsätze, die aus dem täglichen Erleben geboren sind und den gegenwärtigen Jammer des deutschen Volkes entblößen. Wie immer bei Mann, so erhebt auch hier ein Stück deutscher Geschichte, Wertegang und Tragödie des Untertans, der zum Schluß Scharlatanen und Schwindlern nachläuft. Diese Rettung des Kapitalismus durch Bandenführer und ihr Kampf gegen den Bolschewismus lohnt sich für die »Führer«. Der instinktive deutsche Kleinbürger bringt sogar Bewunderung für solchen Betrug auf, wie er selbst dadurch nicht umgeschmissen wird, daß Hitlers Leibkino beamtin Leni jüdischer Herkunft ist. Warum nicht? Ist der Reichstafelkammer nicht auch jüdisch?! Und General Milch? Rasse stinkt nicht, wenn's den Erneuerern was einbringt. Heinrich Mann

Der Despot

Er sitzt in seinem Zimmer, das durch viele Gänge und Türen von der Außenwelt getrennt, durch aber hundert Wächter geschützt, von raffinierten mechanischen Alarmvorrichtungen umgeben ist. Er sitzt in seinem Zimmer und weiß: seine Miliz bespitzt das Volk, seine Leibgardisten bespitzeln die Miliz, sein Geheimdienst bespitzelt die Leibgardisten, seine Minister bespitzeln den Geheimdienst. Er sitzt in seinem Zimmer und hat Angst. Nagende, zerrende, fiebrige Angst.

Gestern ist sein Double schwer verwundet worden, vielleicht tödlich. Der Schuß galt ihm, dem Diktator. Leute, die sich zu Doppelgängern hergeben wollen, sind kaum noch zu finden, obgleich der Posten gut bezahlt wird. Den Tyrannen zu spielen, ist gefährlich — Tyrann zu sein, heißt Angst haben, Tag und Nacht, beim Schlafen, beim Essen, im Haus und auf der Straße. Die Erbitterung im Volke wächst, und der Unterdrückungsapparat muß mit ihr wachsen: je mehr Unzufriedene, desto mehr Polizisten, je mehr Polizisten, desto mehr Steuern und Spenden, je mehr Steuern, desto mehr Unzufriedene. . . es ist eine Kette ohne Ende. Der Mann in dem hundertschichtig bewachten Zimmer steht auf, geht hin und her, vom Fenster zur Tür, von der Tür zum Schreibtisch, rastlos wie mancher Mörder vor der Hinrichtung.

Ein Gast wird gemeldet. Der Leiter der Geheimen Staatspolizei, sein bester Freund. Er bringt Neuigkeiten. Zwei Staatsfeinde wurden heute morgen hingerichtet, hundert weitere harren ihrer Aburteilung, in der Folterkammer ge-

stand ein Gefangener die Namen seiner Komplizen, ein neues Verschwörernest wurde aufgedeckt. Alles Menschen, die man bisher für Parteigänger des Diktators hielt. Durchgreifen! Ausrotten! Hier ist die Liste. — Der Diktator überfliegt die Namen. Der da — und der da, ein Dritter, ein Vierter — hat er ihnen nicht vertraut? Hat er den, der am schwersten belastet ist, nicht vor wenigen Tagen zur Audienz empfangen? Wer ist noch treu? Wem darf er glauben?

Der Polizeichef ist gegangen. Vom Hof dringen wie gedämpfte Hammerschläge die Schritte der Wachen herein. Sind das noch zuverlässige Leute, die da draußen das Haus umkreisen? Sind sie schon angesteckt? Wenn sie es heute noch nicht sind — morgen können sie ins feindliche Lager übergehen. Der Mann im Zimmer schauert zusammen. Er hat ein Blutbad unter seinen eignen Prätorianern angerichtet, wie die Welt noch keines sah. Die Schüsse der Hinrichtungspeletons dröhnen ihm heut noch in den Ohren, zerreißen wie Peitschenschläge den Schlaf seiner Nächte. Zu welchem Ende? Das tausendköpfige Ungeheuer des Aufruhrs ist weiter gewachsen. Prunkhafte Feste und schreckliche Drohungen sollen ihm die Münder stopfen, aber die Wirkung wird immer schwächer, in immer kürzeren Abständen muß eine Sensation der anderen folgen, immer häufiger züngelt unverhobener Haß empor.

Ein Diener meldet, daß die Tischzeit gekommen sei. Der Diktator geht, vor sich hin grübelnd, ins Nebenzimmer. Als ihm das erste Gericht vorgesetzt wird, schrückt er zusammen, schiebt seinem Adjutanten den Teiler zu. Der soll zuerst kosten, Gift kann in

jeder Speise sein, in jedem Nachtrunk. Einmal wieder schlafen können wie andere Menschen. Eine ganze, erquickende Nacht lang. Der Gewaltige findet längst keinen Schlaf mehr. Kürzlich ist ihm ein kleines, eng bedrucktes Blatt in die Hand gekommen, eine illegale Zeitung. Diese hauchdünnen Fetzen Papier werden zu tausenden im Volke weitergegeben, das weiß er. Sie rufen nach Freiheit, sie schüren den Brand. Einmal wird die Flamme offen emporschlagen und die letzten stützenden Balken des Staatsgebäudes zur Asche machen.

Der Diktator schiebt die Schlüsselns beiseite. Ihn hungert nicht, er hat Angst. Und ein neuer, furchtbarer Verdacht ist in ihm aufgestiegen. Sein bester Freund — was war's heute mit dem? So ein hinterlistiges Lächeln hatte der um den Mund, so einen schliefen Blick.

Dieser Freund, der Polizeichef, wartet schon wieder im Arbeitszimmer. Die Männer begrüßen sich und sehen einander sekundenlang in die Augen. Dann weiß der Diktator: den muß ich loswerden. Und der Polizeichef weiß: der Diktator hat Verdacht gefaßt. Sie trennen sich mit freundlichen Worten. Eine Stunde später wird der Polizeichef auf Befehl seines Führers verhaftet, vor ein Schnellgericht gestellt, hingerichtet.

Bald darauf kommt das Ende. Bald darauf dringt eine empörte Menge durch Sperrketten, Türen, Alarmvorrichtungen bis in das Zimmer des Herrschers und beendet den totalen Spuk. Denn es gibt ein Maß der Unterdrückung, das kein Volk sich auf die Dauer gefallen läßt. Der Despot wird seiner Machtfülle entkleidet, und was übrig bleibt ist ein

Brandherd Mitteleuropa

Ein würzig Süpplein

Das braune Paradies des Sykophanten.

Im letzten Heft der »Deutschen Justiz« behandelt ein Oberstaatsanwalt Kramer das sogenannte hitlerdeutsche »Heimtückee-Gesetz und seine Anwendung in der Praxis. Dabei beklagt der Mann heuchlerisch die zur Zeit in Deutschland herrschende Denunziationsepidemie; und er behauptet sogar, daß auch bei vielen unteren Partei- und Dienststellen, wie der tägliche Eingang bei den Anklagebehörden der Sondergerichte zeigt, die Seuche, den Mitmenschen zu bespitzeln, geradezu greuliche Formen angenommen habe. Als Beweis, was im Denunziantenparadies Hitler-Deutschland in dieser Hinsicht lieferbar ist, erwähnt Pg. Kramer folgendes: Ein Regierungsmedizinrat habe über eine Parteidienststelle dem Sondergericht angezeigt, daß ihm ein Arzt ein Schreiben geschickt habe, in dem sich der heimtückische Satz befindet: »Mit einem würzig Süpplein aus der Dalküche des Rudolf Heß-Krankenhaus kann allerdings keine Diagnose gestellt werden... Dieses Krankenhaus huldigt (wie auch sein brauner Lord-Protector, eben der Hitler-Schwung Heß), der Naturheilkunde; und der betreffende Arzt hatte nur seiner schulmedizinischen Ueberzeugung in diesen Worten einen etwas ironischen Ausdruck verliehen. Daß man ihn nun in Moabit nicht gleich durch Handbeil köpfen kann — dieser humanen Ansicht ist nun, entgegen der sonst im Dritten Reich feststehenden Praxis, sogar ehrenwert Pg. Oberstaatsanwalt Kramer. Bemerkte sei, daß die »Deutsche Justiz« das vom Reichsjustizminister selbst herausgegebene amtliche Blatt der deutschen Rechtspflege ist; und daß in ihm also nur systemtreue Paragraphenschuster zu Wort zu kommen vermögen!

Das »würzig Süpplein« freilich dampft unterdessen, solange die Hitlerei an ihrem Wesen festhält, lustig weiter und verpestet mit seinem Aroma einigermaßen die deutsche Luft. Ja, sie haben sich, als sie den Hitler wählten, wirklich ein sehr würzig Süpplein an moralischem Kannibalismus eingebrockt!

Stilgerechte Auswahl Hitlers Ahnentafel.

Jubilierend teilt jetzt die quasi reichsamtliche »Zentralstelle für deutsche Personen- und Familiengeschichte« — eine Untersuchungsbehörde und Trichinenbeschau, die bei der Ariergesetzgebung freilich dringlichst benötigt wird — mit, daß sie die ersten Ahnentafeln für drei deutsche Staatsmänner fertiggestellt habe; sie heißen Hitler, Sthamer und — Holstein...

Der brave Hanseaten Sthamer, der das Deutsche Reich in würgender Not seiner schlimmsten Nachkriegsjahre in London vertrat, paßt nicht in das Trio. Bezüglich des anderen, des Herrn Fritz von Holstein, sei mitgeteilt und erwähnt, daß grade jetzt im Dritten Reich seine kritische Biographie erschienen ist, die das schlechterdings Ver-

»Mitteleuropa ist neben dem Fernen Osten zu einer der gefährlichsten Krisenherde der Welt geworden«, so beginnt Dr. Gerhard Schacher sein vor kurzem im Orbis-Verlag, Prag, erschienenenes Werk »Mitteleuropa und die westliche Welt«. Die Interessen der wichtigsten Mächtegruppen stoßen im mitteleuropäischen Raum zusammen. Die äußerst militanten Ideologien, die von Rom und vor allem von Berlin ausgehen, finden hier ein Wirkungsfeld. »Hierzu kommen zahlreiche nationale Konflikte, die in den buntschillernden Minderheitsproblemen ihren Ausdruck finden, romantische und sentimentale Aspirationen derer die von der Wiederherstellung überlebter Zustände und Staatsformen oder von der Errichtung neuer träumen, die das vorhandene Elend noch vervielfältigen müßte. So erkennt man einen Zustand der Verkrampfung oder eines bestenfalls höchst labilen und durch wechselnde Machteinflüsse aufrecht erhaltenen Gleichgewichts, das schon bei geringfügiger Veränderung der Kräfteverhältnisse zusammenbrechen müßte. Diese ständige Gefährdung des Gleichgewichts hat den Schwerpunkt der europäischen Krise stark nach Mitteleuropa verlagert.«

Bei der Lektüre der nüchtern sachlichen Darlegungen des Verfassers kommt einem so recht zum Bewußtsein, in wie umstürzender Weise der Sieg des Nationalsozialismus in Deutschland, im Verein mit der Aspiration des italienischen Faschismus, auf den politischen und wirtschaftlichen Konsolidierungsprozeß in Mitteleuropa eingewirkt hat. War dieser Prozeß schon ohnedies stark beeinträchtigt durch nationale Eifersüchteleien, wirtschaftliche Fehlgründungen, übertriebene Autarkiebestrebungen, innerpolitische Spannungen und ungenügende Unterstützung von seiten der führenden Großmächte, so machte er vollends einem Zustand der Zer-

hängnisvolle seiner korruptiven Veranlagung hinter den Kulissen des jungen »Reichs« und im Schatten Bismarcks schonungslos aufdeckt. Herr Hitler im selben Rahmen mit Holstein — wie sinnig und wie stilgerecht!

„Eigentlich“

»... war der Führer der Monarchisten, nur das beliebige Opfer eines Racheaktes der Hilfspolizei, also einer Organisation, die eigentlich außerhalb der Politik stehen müßte.«

Ist damit etwa die viehische Ermordung Oberfohrens oder gar Schleichers oder Gregor Strassers gemeint? Oh nein, die »Frankfurter Zeitung«, die dieses neckische Sätzchen zu verantworten hat (Nr. 363), denkt ganz und gar an — Spanien; und nicht der deutsch-nationale Fraktionsführer, der durch »Hilfspolizei« umkam, ist gemeint, auch nicht der deutsche General und Ekreichskanzler, son-

derung und Lähmung Platz, als im Gefolge der großen Weltwirtschaftskrise die dunklen Schatten der politischen Krise Europas, die der Hitlerismus heraufbeschwor, sich auch über den Donauraum ausbreiteten. Die Versuche, durch politische und wirtschaftliche Befestigung der Kleinen Entente und durch ihre enge Zusammenarbeit mit dem Balkanbund einen Schutzwall gegen das Eindringen imperialistischer Bestrebungen aufzurichten, prallten zusammen mit dem neuerwachten Ausbreitungsdrang des fieberhaft aufrüstenden Deutschland, ebenso aber auch mit den imperialistischen Bestrebungen des faschistischen Italiens, das insbesondere nach der Entmachtung und Niederwerfung der österreichischen Arbeiterklasse im Donauraum festen Fuß faßte.

Dr. Schacher ist geneigt, die vom faschistischen Italien drohenden Gefahren geringer einzuschätzen als die vom Norden kommenden. Ja, er glaubt sogar, daß die Römischen Pakte, durch die Mussolini nach der Vernichtung der österreichischen Demokratie Oesterreich und Ungarn an die italienische Politik zu fesseln suchte, sich mit den Konsolidierungsbestrebungen der Kleinen Entente recht gut vereinbaren ließen. Es ist die Politik des »kleineren Übels«, die in dieser — durch die jüngsten Ereignisse widerlegten — optimistischen Auffassung ihren Ausdruck findet. Aber abgesehen hiervon zeichnet Dr. Schacher sehr anschaulich und zutreffend die »destruktiven Kräfte«, die der Gesundung Mitteleuropas im Wege stehen: »die Habsburger-Restauration, den »Anschluß« Oesterreichs an Hitler-Deutschland, den ungarischen Revisionismus. Die sogenannte »Habsburger Lösung« würde, wenn sie auch zunächst den »Anschluß« verhinderte, doch nichts anderes sein als der erste Schritt zur Wiederherstellung der Vorkriegsverhältnisse dem Sinne einer deutsch-magyarischen Vorherrschaft über die neuerdings

den nur Sennor Calvo Sotelo aus Estremadura... Ja »eigentlich« hätte die »Frankfurter Zeitung« in ihren Urteil über Hilfspolizei, die nicht in die Politik hineingehören, ach so fuchtbare recht! Aber ebenso »eigentlich« gilt doch das für Hitlerdeutschland, das zufolge der »politischen«, ja sogar rein kriminellen Wirksamkeit seiner »Hilfspolizei« in Form der SA und SS weit unter die Rechtssicherheit primitiver Staaten gesunken ist!

Wer zweifelt!

Reichsendsender Hadamovsky hielt vor Magdeburger Arbeitern und Angestellten eine feurige Rede gegen die »Clique von Reaktionen«. Dabei entschlüpfte dem wohl bestellten Bonzen der Ausruf:

»Wir sind keine Proletarier mehr.«

Der Bericht verzeichnet an dieser Stelle lebhafteste Zustimmung.

zum Staatsrat bringen. Oder ist für Marmaluckenkariere deine Begabung zu stark und zu eigenwillig?! B. Br.

Heroischer Befehl

Die Nazipresse meldete kürzlich ein »Dichtertreffen bei Hans Grimm«. Viele braune Barden waren vertreten und man vermühte dabei vor allem einen Namen: Hanns Johst. Kriegsgedichte wurden vorgetragen und wiederum vermühte man dabei vor allem die des obersten preisgekrönten Meisters.

Vor einigen Tagen hat er wieder ein heroisches Wörtlein gefunden. Bei einer Vorfeier zu den olympischen Spielen sagte er in der Krolloper:

»Leib und Seele sind im Deutschland Adolf Hitlers wieder eine organische, harmonische und gesunde Ganzheit geworden. Das Gesunde ist heroischer Befehl, und der gesunde Körper gibt dem Begriff vom Heldischen neue Formen und neue Gestalt.«

Das Gesunde war schon einmal in Deutschland und viel dringender »heroischer Befehl«. Damals als die ganze Nation im Kampfe stand gegen die ganze Welt. Damals blieb der vierundzwanzigjährige Johst heldisch daheim und verhönte den nationalistischen »Begriff vom Helden«. Nachstehend geben wir wieder einmal eine Probe der damaligen Johstischen Heldenerziehung und meinen, diese Poesie des braunen Dichtertreffens sollte nicht übergangen werden, wenn bei naziotischen Dichtertreffen wieder einmal Kriegsgedichte rezitiert werden.

Das Poem, das dem Heldengere von damals recht menschlich entgegentrat und defaultistisch so weit geht als es die Zensur

unterdrückten slawischen und romanischen Völker Mittel- und Südosteuropas, die ihre Fesseln mit dem Ende des Weltkrieges zu sprengen vermochten.« »Die Erfüllung der alten imperialistischen Träume Deutschlands, die in der ganzen modernen Geschichte immer wieder versucht wird, würde hier eine Erleichterung finden, und eine neue Quelle furchtbarer mitteleuropäischer Kämpfe würde den Auftakt zu noch größeren Auseinandersetzungen bilden.« In noch stärkerem Maße gilt das von der zweiten »destruktiven Kraft«, dem von Hitler mit aller Macht forcierten »Anschluß« Oesterreichs an das Dritte Reich: »Unter Hitler trat der Anschlußgedanke 1933 und 1934 klar als das hervor, was er in Wirklichkeit stets war, nämlich als die Idee einer rein imperialistischen Eroberung Mitteleuropas, die nach Möglichkeit unter Vermeidung eines Krieges, aber durch Unterstützung der revolutionären Kräfte in denjenigen mitteleuropäischen Ländern durchgeführt werden sollte, die man zunächst als Stützpunkte für eine solche Mitteleuropa-Politik benötigte, in allererster Reihe also in Oesterreich.«

Auch der ungarische Revisionismus wirkt in der gleichen Richtung. Es ist charakteristisch, daß der frühere ungarische Ministerpräsident Graf Bethlen schon Ende 1930, gelegentlich einer Reise nach Berlin, die zum Zwecke der Handelsvertragsverhandlungen mit Deutschland unternommen war, mit Hitler in Verbindung trat, und daß er als erster ausländischer Staatsmann im März 1933 aufsehenerregende Verhandlungen in Berlin führte, deren Ziel eine Entente zwischen Deutschland, Ungarn und Italien sein sollte. Was damals nicht zustande kam, nähert sich jetzt der Verwirklichung. Ungarn ist für Hitlerdeutschland ein wichtiger Posten bei seinem Vormarsch nach Südosten. Und dementsprechend ist der ungarische Revisionismus — den Dr. Schacher als zähen Versuch der herrschenden Grundbesitzerkaste bezeichnet, »sich im eigenen Lande an der Macht zu halten und außenpolitische Erfolge zu erzielen, um die große Masse der Bevölkerung von ihrem wirtschaftlichen Elend und einem dem 20. Jahrhundert nicht mehr angepaßten Herrschafts-System abzulenken« — neben der Habsburger-Restauration und dem Anschlußgedanken zu einer der gefährlichsten unter den zerstörenden Kräften in Mitteleuropa geworden.«

Den Schluß des Buches bildet ein Appell an die Westmächte, mitzuhelfen bei der Ausschaltung der »destruktiven Kräfte« und der Zusammenfassung der aufbauenden Kräfte im gefährdeten mitteleuropäischen Raum. »Man schaffe den mitteleuropäischen Völkern die Möglichkeit, ihre nach westlichen Ideen gegründeten Staaten auszunützen und ihre wirtschaftlichen Kräfte zu entwickeln und man wird erkennen, daß auf diesem Wege der wichtigste Beitrag zur endgültigen Besiegung der europäischen Krise geleistet wird.« A. Stein.

striegelt dieses Gemisch von Sadismus, Dummheit und Verlogenheit bald zornig, bald satirisch, und da dieser braune Spuk alle Töne des Irrsinns aufweist, best sich dieses deutsche Lesebuch stellenweise wie ein scharf stilisierter Bericht aus der Irrenanstalt. — Zum Schluß fordert Mann die Schulung derer, die für ein neues Deutschland kämpfen, die Vorbereitung auf ein Deutschland der Vernunft und der revolutionären Demokratie.

In der Büchergilde Gutenberg ist der dritte Band jener Travenschen Romanfolge erschienen, die die Leiden der indianischen Kulis in den Monterias der Mahagoniwälder erzählen. Langsam und mit den Mitteln der breiten, da und dort allzu breiten Schilderung, steigert er die Entwicklung, langsam bereitet sich die Rebellion vor, bricht aus und kostet einigen der Ausbeuter das Leben. Die Sklaven haben begonnen, frei zu reden und ein Zug schlechtbewaffneter Kulis wälzt sich ins mexikanische Land, eine der ersten Wehen beginnenden Aufbruchs gegen die korrupte Diktatur des Porfirio Diaz. »Die Rebellion der Gehenkten« heißt der neue Traven. Man darf annehmen, daß ein vierter Band folgt, der den Abschluß der Rebellion bringt.

Theodor Kramer ist ein echter Lyriker; er singt, weil er singen muß. Daß es samt und sonders Stoffe aus der Armut sind, die ihm zum Vers werden, zeugt für sein elementares soziales Fühlen. »Mit der Ziehharmonika« nennt er den im Geur-Verlag (Wien) erschienenen starken lyrischen Band. Zum Klavier der armen Leute zu singen, gedichtet für die, die ohne Stimme

sind,« die nicht gehört werden. Die östlichen Randgebiete Oesterreichs sind der Quell dieses Dichters ebenso wie die Randgebiete der Großstadt. Herberge, Ziegelei, Vorstadtgarten, alte Leute, mit einem Leben ohne Sinn, junge ohne Arbeit. Armutel mit dem melancholischen Glanz des Verfallenden. Scheinbar absichtslos wird das alles in den wärmenden Schimmer des Poetischen gehoben; ein Herz, das mit den Enterbten leidet, will sich entladen und den Armen seine Stimme leihen.

Seit sieben Wochen bin ich ausgesteuert, sacht zuckt mein Mund, wenn er es laut beteuert; es würgt im Schlund mein Lied mich wie ein Stein und schlägt noch nicht das kleinste Fenster ein.

Diese Strophen sind nirgends »geballt«, sind beinahe unmodern einfach und milhelos, ihr Ausdruck ist so sicher wie ungesucht, sie gehören zum besten der modernen Lyrik. Darum, Poet, wird dein Buch im Dritten Reich auf die Liste der nicht aufbauenden Dichtung kommen. Denn es zeigt ja die Welt, wie sie ist, sein Blut und Boden ist zu echt, es erscheint auch nirgends heroisch, sondern nur wahr und tapfer. Lerne um, Theodor Kramer, die Gleichschaltung droht, man wird auch in Oesterreich sehr bald die letzten Dichter streichen und braun lackierte Propaganda-Barden starten. Drosale dein prächtiges Talent und melde die Wahrheit, ehe es zu spät ist. Mache dein Rückgrat geschmeidig und übe dich im Lügen. Du wirst zwar dann ein routinierter Mächer und Klumpfuß werden, wie die anderen Barden Schückegrabers, aber dafür kannst du es bis

erlaubt, ist zu finden in dem Bande »Das Erwachen«, revolutionäre Dichtungen (Verlag Otto Zöphel, Leipzig 1919), stand bereits 1916 in der Zeitschrift »Wegwärts« und dürfte heute in der Nazipresse und im Nazijargon überschrieben werden: »Wie ich in Deutschlands schwerster Zeit die deutsche Widerstandskraft zermürben half und den Dolchstoß von hinten mit vorbereitete!«

Ausmarsch

Von Hanns Johst

Ich blätterte mir in Zeitungen die Finger lahm Als auf der Straße mit Musik Militär kam. Ein Zug rückte aus! Prall gepackte Tornister, Blumenschmuck, In Kleidung und Haltung preußischer Zuck Auf Schritt und Tritt und Tritt und Schritt; Aber die Gesichter machten nicht mit; In die Bärte stürzten verschämte Tränen, Alle Farbewar aus den Gesichtern gefallen Wie Tünche von Wänden, die sich gegen den Sturm lehnen. Und um den Mund krampfte gefesselt Weinen. Sie sahen gerade aus. Ein paar wollten fröblich scheinen Und winkten wieder mit halben Gesten. Aber allen waren die Hände schwer und weiß, Die Hände, die auf egnem Blute lagen Und jetzt gewaltsam das Gewehr umpreßten. Und alle ließen ihre schweren Füße schlagen, So hart und furchtsam wie im eignen Leichenzug. Unendlich hoffnungslos dem Krieg ausgeliefert, Der seine Fänge in ihr Leben schlug...

Gesinnung im Betriebsleben

Futterkrippe bis zur Mitgliedsnummer 340.000

Die deutsche »Volksgemeinschaft« läßt sich bei Aufmärschen, auf Volksfesten und sorgfältig zusammengesetzten Kongressen zur Not noch vortäuschen. Die Betriebsarbeiter dagegen wollen an ihren Arbeitsstätten immer noch nicht einsehen, daß ihr Einzeldasein unlösbar mit der kapitalistischen Betriebsgemeinschaft verbunden sein soll. Das »Recht der Arbeit« hat auch bereits erforscht, woher das kommt. Es konnte offenbar doch noch nicht aller Ballast der Klassenkämpfe weggeräumt werden. Der Geist aus der marxistischen Ära der Kollektivverträge spukt immer noch.

»Von dieser eigensichtigen Vertragszusammenleimerel hat sich manches Rudiment in unsere Zeit hinüberzuschummeln verstanden.«

Es muß also nachgeholfen werden, daß endlich »mehr Gesinnung und weniger Klügel« im Betriebsleben zu finden ist. Unternehmer und Arbeitnehmer sollten einsehen, daß der Nationalsozialismus ihre gegenseitigen rechtlichen Beziehungen gelöst und sie durch ein Kameradschaftsverhältnis zwischen Betriebsführer und Gefolgschaft ersetzt hat. Statt der »juristisch ausgeklügelten Paragraphen« muß im Dritten Reich die Gemeinschaft beider Arbeitsfaktoren aus anständiger Gesinnung auf natürlichen Wegen erwachsen. Dieser Unterricht für anständige Gesinnung beginnt mit einer Abhandlung über: »Gefolgschaft — nicht Arbeitnehmer.« Die Arbeiter müßten nämlich wissen, daß das Wort Gefolgschaft durchaus im deutschen Sprachgebrauch nicht neu und nicht fremd ist.

»Solange wir ein preußisch-deutsches Soldatentum haben, solange hat es auch Führung und Gefolgschaft gegeben. Es ist erstaunlich, daß diese im Soldatentum bewährte Grundlage menschlicher Haltung und Ausrichtung nicht auch schon auf anderen Gebieten des Lebens der Nation Anwendung gefunden hat.«

Wenn der Grundsatz »Gemeinnutz geht vor Eigennutz« im Wirtschaftsleben Geltung bekommen soll, so muß das unmoralische Abhängigkeitsverhältnis des Arbeitnehmers vom Arbeitgeber aus den Gehirnen verschwinden.

»Das Abhängigkeitsverhältnis war zu meist nur unmoralisch, weil der Arbeitnehmer sich gegen die Ausweitung solcher Abhängigkeit auch nur durch die zusammengeballte Masse der davon Betroffenen im Geiste des Klassenhasse schlecht und recht zu schützen vermochte.«

Gegen diese Logik ist kaum aufzukommen. Man braucht nur den Arbeitern die Freiheit ihrer kollektiven Abwehr gegen die kapitalistische Ausbeutung zu nehmen und es gibt keine Ausbeutung mehr. Der Nationalsozialismus lehrt, der Arbeiter brauche das wirtschaftliche Abhängigkeitsverhältnis nur soldatisch zu sehen, um zu erkennen, daß es im »Sinne einer höheren Ordnung« gelegen ist, denn

»hat man z. B. im Weltkrieg der den 100-prozentigen Einsatz von Führung und Gefolgschaft verlangte, jemals die Befehlsnahme an einer Frontstelle vor dem Feind als ein unmoralisches Abhängigkeitsverhältnis angesehen?«

Für die Nazis ist die Befehlsgewalt des Kapitalisten auf dem Produktionsfeld heute ebenso unentbehrlich, wie der Befehl des Generals auf dem Schlachtfeld. Nur die vom Marxismus lange beeinflussten Arbeiter wollen immer noch nicht vergessen, daß die Kommandogewalt ihrer Unternehmer eine Folge der kapitalistischen Wirtschaft ist, in der diese Arbeiter nicht für sich oder die Volksgemeinschaft, sondern für den Profit des Kapitalisten arbeiten müssen. Sie begreifen den wirtschaftlichen Sektor des Soldatentums immer noch nicht, obwohl ihnen immer wieder eingehämmert wird: Gemeinnutz geht vor Eigennutz. Das soll jetzt anders werden, vor allem durch die neue Terminologie: Führer und Gefolgschaft, die menschliche Bindung des Arbeiters an seinen Unternehmer ist, wie »Stein und Erde« schreibt, nur zu erreichen.

»wenn wir anerkennen, daß es keine Arbeitnehmer gibt, sondern nur eine Gefolgschaft, die sich vertrauensvoll einer Führung anschließt.«

Das »Recht der Arbeit« muß zwar berichten, daß die formale Grundlage dieser Neuordnung die Betriebsordnung hier und dort noch Fußangeln und Wolfgruben aufzuweisen hat und »aneinandergereiht entsteht in manchen Fällen ein Stachelndraht engstirniger Verfügungen« aber die »Gleichberechtigung der Lebensbedingungen« soll dennoch gewährleistet sein. Es kommt nur darauf an, daß »weniger die rechnende Klügelerei, als vielmehr die anständige Gesinnung die Beziehungen der Menschen zueinander regelt.«

Um diese anständige Gesinnung bei den

Betriebsführern zu erzeugen, hat die Deutsche Arbeits-Korrespondenz eine Rubrik »Deutsche Sozialpolitik« eingerichtet, in der dem Volksgenossen-Unternehmer täglich gut zugeredet wird. So wird festgestellt, daß die Arbeitszeit in den einzelnen Betrieben »leider« immer wieder ohne wichtigem Anlaß überschritten wird. Bei auftretender Mehrarbeit sollten doch neue Arbeitskräfte eingestellt werden.

»Jedenfalls ist es gegenüber der Gesamtheit unverantwortlich, sich dieser Pflicht der Neueinstellung durch verbotene Ueberstunden zu entziehen.«

Werden aber Ueberstunden gemacht, dann sollten sie bezahlt werden.

»Leider zeigen die vielen Klagen bei den Arbeitsgerichten auf Bezahlung geleisteter Arbeitsstunden, daß in dieser Hinsicht noch viel gefehlt wird.«

Leider ist auch der Eigennutz der Kapitalisten noch nicht dem Gemeinnutz gewichen. So hat das Zentralarchiv der Deutschen Arbeitsfront ein großes Gummiwerk um die Zusendung seines Geschäftsberichts gebeten, was abgelehnt wurde. Die Firma bemerkte zur Ablehnung, daß ihr Geschäftsbericht infolge seiner Abstellung

»ganz auf den engen Kreise der wenigen Aktionäre interessiert.«

Aus welchen Gründen mag die Gesellschaft wohl an der Verbreitung des Berichts nicht interessiert sein? Die Deutsche Arbeits-Korrespondenz weiß es leider nicht. Sie klagt: »So geht das jedenfalls nicht.« Es geht schon, man braucht sich nur »vertrauensvoll der Führung« anzuschließen, wie im Weltkrieg.

Am 17. Juli befaßt sich die DAK mit der »Phrase vom unbequemen Vertrauensmanne«. Sie gibt ihren Betriebsgewaltigen zu, daß im Anfang Mißgriffe in der Auswahl der Vertrauensmänner vorgekommen sein könnten. Aber bei den letzten Neubesetzungen (ohne Wahl) sei doch überall ein Ausgleich geschaffen worden. Die DAF hat festgestellt, daß die Äußerungen vom unbequemen Vertrauensmann von Betriebsführern stammen, »die eine kritische oder sogar negative Ein-

Soziale Rechtsprechung — Fehlanzeige

Eine aufschlußreiche Bilanz.

Durch das Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit ist die völlige Rechtslosmachung der Arbeiterschaft in den Betrieben, ihre Auslieferung an die Willkür der Unternehmer legalisiert worden. Um den Schein zu wahren, wurden dem Gesetz einige Bestimmungen eingefügt, die eine gewisse Schutzmöglichkeit für die Arbeiter vortäuschen sollten. Dazu gehört der sogenannte Treuhänder der Arbeit, an den sich die »Gefolgschaftsmitglieder« und der Unternehmer gleichfalls mit Beschwerden wenden können. Des weiteren eine Bestimmung, die wiederholte vorsätzliche Zuwiderhandlungen gegen schriftliche allgemeine Anordnungen des Treuhänders der Arbeit mit Geld- oder Gefängnisstrafen bedroht.

Die Treuhänder sind ausnahmslos Werkzeuge des kapitalistischen Unternehmertums. Sie sind darum auch überaus sparsam mit Strafanträgen gegen Kapitalisten, die ihren Anordnungen nicht nachkommen. Das haben die Bekanntmachungen der Treuhänder selbst unzählige Male dokumentiert. Obwohl erst kürzlich für das deutsche Handwerk Material bekanntgegeben wurde, aus dem hervorgeht, daß die tariflichen Bestimmungen und die Betriebsordnungen zu einem hohen Prozentsatz nicht eingehalten werden, haben die Treuhänder, wie aus einem Artikel in der »Deutschen Justiz« hervorgeht, seit dem 1. Januar 1935 insgesamt nur 119 Anträge auf Strafverfolgung gegen wiederholte vorsätzliche Zuwiderhandlungen gegen die Anordnungen des Treuhänders gestellt. Bekanntlich werden aber die Tarifordnungen und unter Umständen auch die Betriebsordnungen vom Treuhänder verfügt.

Diese 119 Anträge sind von den deutschen Richtern in dem Sinne verfolgt worden, wie die entsprechende Bestimmung in dem Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit zu verstehen ist! In 65 Fällen endete das Verfahren mit Einstellung, 20 Fälle sind noch nicht entschieden, 5 Anträge endeten mit Freispruch. Das sind insgesamt von 119 Anträgen 90, die entweder erfolglos entschieden worden sind oder erfolglos entschieden werden. In 28 Fällen wurde auf geringe Geldstrafen erkannt, deren Höhe im einzelnen nicht mitgeteilt wird. Nur ein einziger An-

trag führte zur Verurteilung zu einer Gefängnisstrafe von 5 Wochen. In diesem Falle kann man nach der bisherigen Praxis wohl annehmen, daß es sich nicht um ein Urteil handelt, das die Arbeiter schützen will, sondern das den Unternehmer struft, weil er nicht hundertprozentig die nationalsozialistische Ausbeutergesinnung angenommen hat.

So ist die soziale Rechtsprechung im Dritten Reich völlig auf den Hund gekommen. Aber es kann ja auch gar nicht anders sein.

»Leider gibt es noch eine ganze Anzahl solcher Betriebe, in denen die Vertrauensmänner als unbequem gelten.«

Wenn schon diese Knechtseelen von »Vertrauensmännern« unbequem geworden sind, was bleibt da von der faschistischen Betriebsgemeinschaft noch übrig?

Aber was auch immer leider noch an Volksgemeinschaftsgeist fehlt, so hält doch die Deutsche Arbeitsfront unentwegt daran fest:

»Dem werktätigen Menschen fehlt weniger die gerechte Regelung seines Lohnes, als vielmehr die menschliche Bindung an den Betriebsführer.«

Der Reichsorganisationsleiter hat sich nun in letzter Zeit zu einer durchgreifenden Maßnahme entschlossen, die sicher geeignet ist, generell in Deutschland eine anständige Gesinnung und gute menschliche Beziehungen sicher zu stellen. Im Einvernehmen mit dem Führer hat der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung den Kreis der unter die Sonderaktion für bevorzugt unterzubringende Volksgenossen mit Erlaß vom 9. Mai 1936 erweitert.

Demzufolge fallen künftig unter die Sonderaktion:

1. alle Mitglieder der NSDAP, die dies bis zum 14. September 1930 wurden (bis Mitgliedsnummer 340.000);
2. Mitglieder der NSDAP, sowie des Stahlhelms, die bis zum 30. Januar 1933 Mitglied geworden sind und nachweislich vor der Machtübernahme aktiv tätig waren.

Bisher war die Futterkrippe nur bis zu Mitgliedsnummer 100.000 begrenzt, jetzt reicht sie bis Nummer 340.000. Nun wird alles, alles anders werden.

Landarbeiter wieder hörig!

Die Landesregierung und der Landesbauernführer von Bayern haben eine öffentliche Warnung erlassen, die auf die soziale und rechtliche Stellung der Landarbeiterschaft in Deutschland ein großes Licht wirft. In der Warnung wird darauf Bezug genommen, daß landwirtschaftliche Arbeiter ihre Stellung verlassen, weil ihnen anderwärts höhere Löhne geboten worden seien. Dieser Wechsel des Arbeitsplatzes wird als Vertragsbruch der Arbeiter und als verantwortungsloses Verhalten bezeichnet. »Im Interesse der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung kündigt das Staatsministerium daher an, daß in nachgewiesenen Fällen mit Schutzhaft gegen die Landarbeiter vorgegangen werden soll.«

Die Landarbeiter sind demnach gezwungen, zu den von den Bauern diktierten Arbeits- und Lohnbedingungen auf jeden Fall in der bisherigen Stellung zu verbleiben. Sonst droht ihnen Schutzhaft und Konzentrationslager. Wie ein Wechsel des Arbeitsplatzes als »Vertragsbruch« bezeichnet werden kann, ist um so unerfindlicher, als die Landarbeiter weder einzeln noch kollektiv einen Vertrag mit den Bauern abgeschlossen haben!

Durch diese öffentliche Warnung wird klargestellt, daß die Landarbeiterschaft im Dritten Reich völlig schutz- und rechtlos dasteht.

»Die Lage ist und bleibt sehr ernst«

Gemecker eines Ministerialrats

Aus welchem Grunde mußte in der fortschreitenden Lockerung des Mieterschutzes eine Pause eintreten?

Mit dem riesigen Wohnungsbedarf traf die Unmöglichkeit zusammen, gerade

in diesen Jahren ein Bauprogramm solchen Umfanges durchzuführen, daß nicht nur der zur Zeit sehr starke Neuzuwachs befriedigt, sondern auch die unerträgliche Knappheit in verhältnismäßig kurzer Zeit erheblich abgebaut werden könnte.

Im Nationalsozialismus muß sich jeder Zweig der Politik in das Ganze einordnen, müssen die berechtigten Belange jeder Volksgruppe mit dem Wohle des Volksganzen und seiner einzelnen Kreise abgestimmt werden. — Es war für jeden Einsichtigen klar, daß ein so starkes Mißverhältnis von geringem Angebot und stärkster dringender Nachfrage, wie wir es jetzt auf dem Wohnungsmarkt erleben, gerade die bedürftigsten Volkskreise, bei denen die Wohnungsnot verhältnismäßig am stärksten ist, besonders gefährden, die Mieten — durch den Wettbewerb der Wohnungsuchenden — in die Höhe treiben und durch den Druck der Not die Schutzmauern des Mietrechts zu unterhöhlen drohen mußte...

So ist und bleibt die Lage sehr ernst, namentlich, da der arbeitende Volksgenosse infolge der aus wirtschaftlichen Gründen notwendigen Festhaltung der knappen Löhne keine Möglichkeit hätte, sein Einkommen mit einer Mietsteigerung in Einklang zu bringen. Darum ging es nicht an, in solchem Augenblick die noch vorhandenen Schutzmauern weiter abzubauen.

(Ministerialrat Dr. Knoll, Leiter der Hauptabteilung für Siedlungswesen, Wohnungswesen und Städtebau in der »Deutschen Wohnwirtschaft«.)

Metallische Romantik

Zur Eröffnung der Heidelberger Reichsfestspiele sagte der Präsident der Reichstheaterkammer:

»Ganz gewiß ist unsere Denkweise auch Romantik, aber sie ist stählerne Romantik. Unser durch nichts zu erschöpfender Glaube geht darauf hinaus, das ewige Deutschland zu finden, von dem die Romantik nur einen Teil gefunden hat. Der Romantik danken wir vieles, der stählernen Romantik alles. Die Romantiker nannten sich eine Freischar. Darin liegt Unverbindlichkeit und Unverbundenheit. Die stählerne Romantik ordnete jene ein und half so die braunen Bataillone der Zucht formieren. Die Romantik träumte einen Traum vom Reich, die stählerne Romantik schuf es uns... Die Macht zur inneren Einkehr vereinigt sich mit der Kraft zur überlegenen Heiterkeit...

Diese Heiterkeit ist weltberühmt, sie tobt sich vor allem im Flüsterteil aus, und die Gestapo ist mächtig hinter dieser Heiterkeit her. Aber zweifellos wurde mit obiger Rede endlich ein neuer brauchbarer Begriff geschaffen: stählerne Romantik. Das klingt endlich so metallisiert wie die ganze NSDAP ist. Man hört den Revolver knacken. Zu dieser metallischen Romantik gehören die verschiedenen 30. Juni ebenso wie die Motiers bei Eher-Konzern, der gegenwärtige braune Korruptionssumpf ebenso wie ehemals die Schmiergelder des Großkapitals.

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: »Graphic«; alle in Karlsbad. Zeitungstarif bew. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933. Printed in Czechoslovakia.

Der »Neue Vorwärts« kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR Kč 1.40 (für ein Quartal bei freier Zustellung Kč 18.—). Preis der Einzelnummer im Ausland Kč 2.— (Kč 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0.30 (3.60), Belgien: Belg. Frs. 2.45 (29.50) Bulgarien Lew 8.— (96.—), Danzig Gold. 0.45 (5.40), Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1.50 (18.—), Großbritannien d. 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0.15 (1.80), Italien Lit. 1.10 (13.20), Jugoslawien Din. 4.50 (54.—), Lettland Lat. 0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg B. Frs. 2.45 (29.50), Norwegen Kr. 0.35 (4.20), Oesterreich Sch. 0.40 (4.80), Palästina P. Pf. 0.020 (0.216), Polen Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Frs. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.70 (8.40), Ungarn Pengö 0.35 (4.20), USA. 0.08 (1.—).

Einzahlungen können auf folgende Post-scheckkonten erfolgen: Tschecoslowakel: Zeitschrift »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Prag 46.149. Oesterreich: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Wien B-198.304. Polen: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Warschau 190.163. Schweiz: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Zürich Nr. VIII 14.697. Ungarn: Anglo-Cechoslowakische und Prager Creditbank Filiale Karlsbad, Konto »Neuer Vorwärts« Budapest Nr. 2029. Jugoslawien: Anglo-Cechoslowakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad, Konto »Neuer Vorwärts«, Beograd, Nr. 51.095. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.